

BAL

UNIVERSITY
LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

1927 / HEFT 7

BERLIN, DEN 15. FEBRUAR

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT
DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONAL

AUS DEM INHALT

Gegen den gemeinsamen Klassenfeind / Mitzkewitsch-Kapsukas: Die nationale
revolutionäre Bewegung in West-Weißrußland und die Zerstörung der
„Hromada“ / Wurm: Das Jahr der Rationalisierung in Deutschland / Alissov:
Neun Jahre Raub und Gewaltherrschaft / Liss: Amsterdam gegen die Einheitsfront

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 7 15. FEBRUAR

I N H A L T

	Seite
Gegen den gemeinsamen Klassenfeind	309
Mitzkewitsch-Kapsukas: Die nationale revolutionäre Bewegung in West- Weißrußland und die Zerstörung der „Hromada“	317
Wurm: Das Jahr der Rationalisierung in Deutschland	324
Murphy: Die englischen Reformisten berichten über den Streik . . .	331
Alissow: Neun Jahre Raub und Gewaltherrschaft	338
Liss: Amsterdam — gegen die Einheit	347
Badulesku: Amsterdam und Polizei	351

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigta Staaten	2 Dollar „

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHN BLEY
HAMBURG BERLIN

GEGEN DEN GEMEINSAMEN KLASSENFEIND

Die chinesische Revolution wird zu einer zentralen Position, um die und um deren willen entscheidende Kämpfe zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und dem internationalen Proletariat bevorstehen. Die Weltbourgeoisie hat alle sozialen Kräfte, die sie gegen die in China sich entfaltende Revolution aufbieten kann, wenn nicht bereits zusammengezogen, so doch zumindest mobilisiert. Das Proletariat jedoch vermochte erst die Grundlinien vorzuzeichnen, nach denen sich seine Aktivität entwickeln muß zur wirksamen Unterstützung der chinesischen Revolution, zu ihrem Schutze vor der Vernichtung von außen her durch die militärischen Kräfte des Imperialismus, und zur Entwicklung und Stärkung ihrer Widerstandskraft gegenüber den kompromißlerischen und schwankenden Elementen im Innern. Nur die fortgeschrittensten Teile des Proletariats in der Person der kommunistischen Parteien sind bereits als organisierte Kraft aufgetreten, die sich aller Schwierigkeiten und Gefahren der chinesischen Revolution vollkommen bewußt ist und die bereit ist, sie — allen Hindernissen zum Trotz — als Teil der Weltrevolution zum vollkommenen Siege zu führen. Noch immer steht die komplizierte und außerordentlich wichtige Aufgabe bevor, die breiten Massen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker für den Kampf zu gewinnen. Sie muß gegenwärtig die gespannteste Aufmerksamkeit der Komintern und aller ihrer Sektionen, der Gewerkschaftsinternationale und aller Gewerkschaften auf sich konzentrieren. Damit die Mobilisierung aller Reserven der internationalen revolutionären Volksbewegung mit der Schnelligkeit durchgeführt werde, die dem gegenwärtigen außerordentlich wichtigen Moment entspricht, ist es notwendig, die Taktik der Einheitsfront unter der Parole „Hände weg von China!“ entschieden und unbeirrbar durchzuführen, wobei die kommunistischen Parteien gleichzeitig selbständig hervortreten und alle Formen des revolutionären Massenkampfes in Anwendung bringen müssen.

Die Mobilisierung der reaktionären Kräfte gegen das chinesische Volk vollzog sich unter der Parole des Kampfes gegen den „Pöbel“, gegen den „Einfluß Moskaus“, d. h. gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse in dem national-revolutionären Kampfe. Soweit dieses Programm, das die Spaltung der national-revolutionären Front und die Einbeziehung ihres rechten bürgerlichen Flügels in eine Einigung mit dem Imperialismus bezweckt, für alle bürgerlichen Regierungen und deren kompromißlerischen Lakaien das gleiche ist, insofern kann von einer Einheitsfront der Weltbourgeoisie gesprochen werden, die den Angriff gegen das revolutionäre China führt. Diese Front reicht vom römischen Papst Pius XI. bis zum reformistischen Papst Macdonald, und sie verfügt nicht nur über Kreuzer, Panzerschiffe und Kampfflugzeuge, sondern auch über alle Waffen der diplomatischen Hinterlist und Lüge, der liberalen Heuchelei und der sozial-kompromißlerischen Verrätere.

Innerhalb dieses imperialistischen Lagers hört selbstverständlich der interne Kampf der Appetite nie auf, ebenso wie das Aufeinanderprallen der

Interessen, der Wettbewerb und die Nebenbuhlerschaft, die vor allem durch die unersättliche Gier der Bourgeoisie eines jeden Landes hervorgerufen werden. Zu diesen Gegensätzen kommt noch die Verschiedenartigkeit der Kampfmethoden hinzu, deren, sich die einzelnen imperialistischen Räuber bedienen, weil sie sie unter den gegebenen Umständen und im gegebenen Moment, vom Standpunkt ihrer geographischen Lage und ihrer strategischen und wirtschaftlichen Positionen innerhalb wie außerhalb Chinas, als die für sie günstigsten ansehen. Es wäre selbstverständlich ein verhängnisvoller Fehler, wenn die chinesische Revolution in irgendeinem Stadium ihrer Entwicklung es versäumte, die Verschärfung dieser Widersprüche zu beachten, das Spiel der gegeneinander kämpfenden imperialistischen Leidenschaften im Auge zu behalten und beim Manövrieren jede Meinungsverschiedenheit im Lager des Klassenfeindes auszunutzen. Der Durchbruch der imperialistischen Front in China, wo der Knoten der imperialistischen Interessen so fest geschürzt ist, wurde erst deshalb möglich, weil diese Interessen einander widersprechen und weil dieser Knoten gerade infolge seiner Festigkeit nur von dem Schwerte der Revolution durchgehauen werden kann. Die chinesische Revolution muß in jedem Stadium des Kampfes unbedingt folgende Richtlinien einhalten: zum ersten müssen die Gegensätze zwischen den imperialistischen Räubern ausgenutzt werden; zum zweiten müssen die heuchlerischen Kundgebungen der kompromißlerischen Führer ausgenutzt werden, die unter dem Druck der Massen gezwungen sind, der national-revolutionären Bewegung Versprechungen zu machen.

Es wäre jedoch zugleich kein geringerer Fehler, sich darauf zu verlassen, daß diese Widersprüche automatisch, wie eine ein für allemal aufgezugene Feder wirksam und daß die Möglichkeit gänzlich ausgeschlossen sei, daß im entscheidenden Augenblick diese Widersprüche durch den gemeinsamen Haß der Imperialisten gegen den gefährlichen Klassenfeind zeitweilig in den Hintergrund zurückgedrängt würden.

Man hat Ursache anzunehmen, daß die chinesische Revolution sich gegenwärtig einem solchen entscheidenden Augenblick nähert. Die Bereitstellung aller Kräfte der Revolution für diesen Augenblick ist die dringlichste Aufgabe unseres Kampfes.

*

Die führende Rolle beim Angriff gegen die chinesische Revolution spielt gegenwärtig und wohl noch für lange Zeit die englische Bourgeoisie. Der allgemeine Zerfall des englischen Kapitalismus sowie die außerordentlich starken Schläge, die ihm der Sieg der Revolution in Südchina versetzt hat, ruft die blindwütige Angriffslust der Baldwin-Regierung hervor. Der mächtige Hebel der verhüllten Intervention ist dem englischen Imperialismus bereits aus der Hand geschlagen: Wu Pei-fu ist geschlagen, Sun Tschuanfang steht vor seiner vollkommenen Vernichtung. Nicht aus Uebermut schlug der raubgierige englische Imperialismus den Weg ein, der nicht nur in Schanghai, sondern auch in der Hauptstadt Großbritanniens zu kriegsähnlichen Zuständen geführt hat. „Nicht nur die Truppen sind in Bewegung gesetzt“ — schreibt der „Daily Herald“ vom 25. Januar — „auch die Kriegstrommeln dröhnen: es wird wieder von Krieg gesprochen...“ Der „Daily Herald“ zitiert die Erklärungen der Blätter darüber, daß „die Szenen

in den Portsmouther Kasernen Erinnerungen an das Jahr 1914 wachriefen“ und ruft aus: „Ein treffender Vergleich!“

Wie ist der Schauplatz dieses bevorstehenden Krieges beschaffen?

„Man konnte zuerst glauben, daß uns die Aufgabe bevorstehe, einige Straßen zu verteidigen. Jetzt stellt es sich jedoch heraus, daß es sich um eine 21 Meilen lange Front handelt,“ schreibt eine bürgerliche Zeitung beim Hinweis darauf, daß es um die Verteidigung Schanghais geht. „Was ist jedoch Schanghai?“ — meint eine andere Zeitung —, „das ist ein Kopf, dessen Verlust nicht zu ersetzen wäre. Immerhin ist ein Kopf ohne Körper tot.“ Das „Jahr 1914“ bezieht sich also nicht mehr allein auf Schanghai, sondern mindestens auf den ganzen östlichen Teil des Jang-Tse-Kiang. Und Herr Thomas schätzt die Lage vollkommen richtig ein, wenn er bei einer Kundgebung in Newtown erklärt: „Ich zögere nicht, zu sagen., daß . . . ich es vorziehen würde, ein großes Heer statt eines Häufleins Soldaten zu entsenden . . .“ Die englische Bourgeoisie ist so engagiert, daß sie nicht davon Abstand nehmen wird, ein großes Heer zu entsenden und folglich einen großen Krieg zu beginnen, wenn die englische Arbeiterklasse und das chinesische Volk sie nicht rechtzeitig in die Zwangsjacke stecken werden.

Es wäre jedoch eine irrige Naivität, zu meinen, daß offene Gewalt der einzige Einsatz des englischen Imperialismus in China sei. Gleichzeitig mit den Truppentransporten spielt die englische Regierung ein äußerst kompliziertes Provokationsspiel zu dem Zweck, einige führende Schichten von der Leitung der Revolutionsbewegung abzuspalten und sie zu einem Stützpunkt für ihre Macht in China umzugestalten. Macdonald mit seiner heuchlerischen Empörung gegen die militärische Intervention und seinem tatsächlichen Gewährenlassen ist nur ein Köder, den die Baldwin-Regierung dem rechten Flügel der Kuomintang hinhält in der Berechnung, daß diese vielleicht anbeißen werde. Nebenbei bemerkt, hat nicht nur Macdonald die ehrenvolle Rolle des unschuldigen Wurms auf dem Angelhaken der Intervention zu spielen. Der „Manchester Guardian“ und sogar der „Observer“ hofieren eifrig, obwohl selbstredend ohne die Eleganz Macdonalds, die „vom Bolschewismus nicht verseuchten nationalen Elemente der Revolution“ überhaupt und den Außenminister Tschen im besonderen.

„Die Ironie liegt darin“ — schreibt der „Sunday Observer“ vom 23. Januar — „daß die britische Politik ihrem Wesen nach vollständig mit der Politik des Herrn Tschen übereinstimmt. Die wirkliche Schwierigkeit besteht darin, daß Herr Tschen wohl mit Austen Chamberlain einig ist, daß sie aber beide gleichmäßig unter dem Druck ihrer schlecht unterrichteten Verbündeten stehen. Tschen ist genötigt, vor den Wanderagitatoren die Form zu wahren, von deren politischer Unterstützung er abhängt. Sir Austen muß der Unwissenheit der Starrköpfe Rechnung tragen, die mit Gewalt vorgehen wollen.“

Es erübrigt sich wohl hinzuzufügen, daß alle diese Kuppler, sowohl die bürgerlichen wie die reformistischen, Tschen die vollkommene Befreiung Sir Austens vom Einfluß seiner schlechten Ratgeber garantieren, sobald er, d. h. Tschen, die ihn kompromittierende Verbindung mit den Agitatoren aufgeben werde. Dieses zwiespältige Kampfsystem geht so weit, daß mitten in den eifrigsten Kriegsvorbereitungen Macdonald dem Rückzug der Regierung goldene Brücken baut für den Fall, daß 1927 in Schanghai General Duncan den gleichen Skandal erleben könnte wie 1919 in Odessa. „Ich verspüre,“ erklärt Macdonald in den Mitteilungen über die Kriegsvorberei-

tungen (im „Daily Herald“ vom 25. Januar), „einen Geist, der völlig demjenigen entgegengesetzt ist, von dem die Mitteilungen des Foreign Office durchdrungen sind. Und ich hege den Verdacht, daß die Frage, vor der wir heute stehen, folgendermaßen zum Ausdruck kommt: „Sollen die militärischen Kräfte unter den gegenwärtigen Umständen die Diener des Staates sein oder soll im Gegenteil der Staat ein Spielzeug in der Hand der Militärmacht werden?“ Also will Macdonald möglicherweise auch nach einem bewaffneten Zusammenstoß die Rolle des ehrlichen Maklers spielen, um den rechten Flügel der nationalen Bewegung, sobald er genügend terrorisiert sein wird, um sich auf einen verräterischen Vergleich einzulassen, mit der englischen Regierung zusammenzuführen, die natürlich an dem Kriegsspiel der Militärmacht nicht beteiligt ist und sich ihre jungfräuliche Reinheit bewahrt hat.

Elemente desselben Spieles, jedoch in einem anderen Größenverhältnis, sind auch in der Taktik des amerikanischen Imperialismus enthalten. Das mächtige amerikanische Kapital bedarf keiner Vorrechte und Privilegien, um in China zu herrschen, aber es setzt selbstverständlich die Bedingung voraus, daß dort eine zuverlässige bürgerliche „Rechtsordnung“ herrsche. Daraus ergibt sich der Anflug von „Liberalismus“ in der amerikanischen Chinapolitik. Washington verhielt sich abwartend gegenüber den Erfolgen der national-revolutionären Bewegung, in der Ueberzeugung, daß sie den kapitalistischen Weg einschlagen werde. Diese Politik, die darauf gerichtet ist, das wirtschaftlich schwache Land in die amerikanische Machtsphäre einzubeziehen, bezeichnete der weise Kellog in seiner offiziellen Erklärung als „das Fehlen von amerikanischen imperialistischen Interessen in China“. Unerklärlich bleibt es nur, weshalb in diesem Falle die Washingtoner Regierung aus Anlaß des bevorstehenden Antikolonialkongresses als erste Lärm schlug und von der belgischen Regierung verlangte, daß Brüssel diesem Kongreß seine Tore verschließe. Die von dem Glanz der amerikanischen Erfolge geblendete europäische kontinentale Presse versucht es, ihre Bourgeoisie dazu zu überreden, in China den gleichen „liberalen“ Kurs einzuschlagen. In derartigen weisen Ratschlägen exzellieren vor allem die deutschen Zeitungen, die mit offener Schadenfreude verfolgen, wie das Haus des Nachbarn brennt. Indessen ist auch die französische Presse von Haß gegen England durchdrungen, um ihm auf liebenswürdigste Weise höhnische Vorschläge zu machen. Sauerwein zitiert im „Matin“ die Rede des Genossen Tan Ping-schan im Erweiterten Plenum des EKKI und schreibt dazu:

„Die Bolschewisten fürchten vor allem die friedliche Politik vom amerikanischen Schlag, die den rechten Flügel der Kuomintang stärkt. Der Völkerbund muß seine übermäßige Vorsicht aufgeben und Mittel zur Verhinderung des Konfliktes ausfindig machen, der sich allein für die Sowjetunion als vorteilhaft erweisen wird.“

Der weise Ratgeber gemahnt an den Helden im russischen Märchen, der beim Begräbnis einen Tanz aufführt; er merkt nicht, daß gerade heute die Entwicklung der chinesischen Revolution dazu geführt hat, daß der amerikanische Imperialismus eine gewisse Korrektur seiner „liberalen“ Taktik vornimmt, indem er Infanterie in Bereitschaft setzt, nach Schanghai eingeschifft zu werden.

Die militärischen Erfolge der Nationalarmee haben den amerikanischen

Imperialismus noch nicht veranlaßt, seine Rolle des „liberalen“ Beobachters aufzugeben. Sogar das erste Stadium in dem Kampfe Englands um die Aufrechterhaltung seiner Konzessionen in Hankau ist vom Weißen Hause relativ ruhig aufgenommen worden. Der Sieg der revolutionären Truppen, das entschiedene Auftreten der Nationalregierung gegen die Exterritorialität bedeuteten an und für sich noch nicht, daß im Schoße der chinesischen Revolution die sozialen Kräfte gereift seien und feste Formen angenommen hätten, die alle Spekulationen des amerikanischen Kapitals auf eine friedliche Eroberung Chinas über den Haufen werfen würden. Und nur in dem Maße, wie sich die Aktivität und die Unbeugsamkeit der Arbeitermassen und ihr Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse offenbarte, verlor Washington, das bekanntlich „keine imperialistischen Ziele in China verfolgt“, die Selbstbeherrschung. Die offizielle Kundgebung Coolidges rückt die fromme Redensart von der Verteidigung des Lebens und der Interessen amerikanischer Staatsbürger in den Vordergrund, die, wie das Beispiel Nikaraguas zeigt, einen langen Schwanz von Panzerkreuzern nach sich zieht. Der Washingtoner Liberalismus hat seinen Geist aufgegeben.

Als noch das Weiße Haus die Rolle des „lachenden Dritten“ spielte, hielt die englische Presse nur mit Mühe ihren Aerger zurück. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ schrieb:

„Wenn hier nicht die Ueberzeugung herrschte, daß die chinesische Masse zwischen den einen und den anderen rotwangigen „Barbaren“ einen Unterschied machen und daß dieser Unterschied immer den Amerikanern zum Vorteil gereichen werde, dann würde das Staatsdepartment die Frage des Zusammengehens mit England nicht für so verwickelt halten, wie es heute der Fall ist.“

In Wirklichkeit ist es natürlich nicht die Angst vor elementaren Ausschreitungen des Pöbels, sondern umgekehrt der unzweifelhafte Beweis dafür, daß die Organisiertheit und Aktivität der werktätigen Massen den bürgerlichen Elementen die Möglichkeit nimmt, der Revolution einen Riegel vorzuschieben, der den amerikanischen Imperialismus veranlaßt, mit der Intervention zu drohen.

Worin besteht der Widerhaken des Vorschlages, mit dem sich die amerikanische Regierung an China gewandt hat? Den Schlüssel zu den verschwommenen und widerspruchsvollen Erklärungen Kellogs und Coolidges gewährt der „North China Star“, der folgendes geniale Projekt in Vorschlag bringt. „Tschang Tso-lin, Tschai Kan-schi und Feng Yu-hsiang müssen als die in China gegenwärtig stärksten Männer jeder je einen Delegierten bestimmen, die gemeinsam mit dem Peking Gesandten in Washington, Alfred Shea, in Verhandlungen eintreten müssen, um einen neuen Vertrag zwischen China und den Vereinigten Staaten abzuschließen.“ Der amerikanische Imperialismus hat also nicht nur den Ehrgeiz, den Frieden zwischen der revolutionären Regierung und der Mukdener Reaktion herzustellen, sondern auch der in Peking verwesenden Regierung Wu Pei-fus zu neuem Leben zu verhelfen. Auf wessen Rechnung beabsichtigen die Friedensstifter des Weißen Hauses alle Fronten des Bürgerkrieges in China zu vernichten und — sozusagen — einen allgemeinchinesischen Brei zusammenzumantschen? Es braucht wohl nicht bewiesen zu werden, daß es auf Kosten der Arbeiter und Bauern geschehen soll, die ein Interesse daran haben, die imperialistische Herrschaft in China an der Wurzel zu treffen und ihre wirtschaftlich Grundlage zu sprengen.

Noch vor wenigen Monaten konnte die Politik des amerikanischen Imperialismus, die auf der Ueberzeugung beruhte, daß die sich selbst überlassene chinesische Revolution in die kapitalistische Sackgasse geraten werde, noch als eine reale Politik erscheinen und deshalb zeichnete sich die Washingtoner Taktik vor der Londoner durch ihren „Liberalismus“ aus. Heute verwandelt sich dieses Ziel immer mehr in eine Utopie, und jetzt ist die Washingtoner Regierung nicht abgeneigt, ihre Kampfmittel dem Londoner Arsenal zu entnehmen. Die englische Parole, das proletarisch-bäuerliche Rückgrat der chinesischen Revolution durch die Drohung mit militärischer Intervention oder durch eine wirkliche Intervention zu brechen, — diese Parole wird allmählich vom amerikanischen Imperialismus übernommen.

*

Von allen imperialistischen Ländern hat sich allein Japan in China eine mächtige, noch fast unerschütterte militärische Basis gewahrt. Wie auch die Reibungen zwischen Tschang Tso-lin und Japan auf dem Boden der Valutaspekulationen und der außeratmäßigen Schröpfungen der in der Mandschurei hausenden japanischen Industriellen sein mögen, so bleiben die Mukdener Militaristen dennoch getreue Vasallen Tokios. Andererseits darf die Bedeutung des Zerfalls und des inneren Zerwürfnisses in der Mukdener Gruppe nicht überschätzt werden. Die Armee Tschang Tso-lins ist noch ein genügend mächtiger Faktor der verhüllten japanischen Intervention in China. Daraus erklärt sich die Großmut, die Japan dadurch zur Schau trägt, daß es auf eine offene Intervention verzichtet, um so mehr als es auch zu ihrer Durchführung infolge seiner geographischen Lage keine langwierigen Vorbereitungen nötig hat. Um so umfassendere Möglichkeiten eröffnen sich dem in Intrigen erprobten japanischen Imperialismus, um die national-revolutionäre Bewegung zu spalten. Wohl keine andere Regierung zeigt einen solchen Eifer und eine solche Geschicklichkeit wie Japan, in der Ausnutzung nicht nur der sozialen Gegensätze, sondern auch der persönlichen Reibungen innerhalb der national-revolutionären Bewegung.

Kennzeichnend in dieser Hinsicht ist ein in chinesischen Zeitungen veröffentlichtes „Friedens“-Programm, mit dem sich kürzlich Tschang Tso-lin an die national-revolutionäre Regierung gewandt hat. Von den vier Programmpunkten verlangt der eine von der Kantonregierung, sie möge ihn, d. h. Tschang Tso-lin, nicht daran hindern, aus eigener Kraft seine Angelegenheit mit Feng Yu-shiang zum Abschluß zu bringen! . . . In die gleiche Kategorie gehört der in letzter Zeit plötzlich aufflammende „Nationalismus“ Tschang Tso-lins, sein Protest gegen die Ausschiffung fremder Truppen in Schanghai, seine Forderung nach Aufhebung der ungleichen Verträge. Die ehrgeizigen Pläne des Mukdener Despoten können nur in dem Titel eines chinesischen Präsidenten Befriedigung finden. Aber das würde bedeuten, daß es dem japanischen Imperialismus endlich gelungen wäre, die Pekingener, nun nicht mehr kraftlose, sondern gefestigte Regierung endgültig in seine Hand zu bekommen. Der englische Botschafter sieht diese Gefahr herannahen und trägt deshalb bereits heute seine Zurückhaltung gegenüber der Pekingener Regierung demonstrativ zur Schau, indem er offizielle schriftliche Beziehungen zu ihr vermeidet und sich auf mündliche Erklärungen beschränkt.

Von allen Gegensätzen, die heute im Lager der Imperialisten zu bemerken sind, nimmt der anglo-japanische die ausgeprägteste Form an. Und dennoch führt sie ein einziges Ziel zueinander, das in einem gewissen Augenblick diese beiden Imperialisten vereinigen kann. Das Ziel ist immer dasselbe: mit allen Mitteln die Entfaltung der chinesischen Revolution und die siegreiche Bekämpfung des imperialistischen Druckes zu verhindern.

*

Die Aufgabe des internationalen Proletariats im gegenwärtigen für die chinesische Revolution außerordentlich wichtigen Moment besteht vor allem darin, ungeachtet aller Opfer, einen offenen militärischen Angriff gegen die chinesische Revolution unmöglich zu machen. Aber durch die Hebung der Kampfkraft der Massen, die für die Lösung dieser Aufgabe notwendig ist, wird das internationale Proletariat gleichzeitig die Bedeutung und das Gewicht des chinesischen Proletariats auf die Höhe emporheben, die notwendig ist, um ihm die Führung im Revolutionsblock zu sichern.

Das 7. Erweiterte Plenum hat auf zwei Gefahren hingewiesen, die der chinesischen Revolution gegenwärtig drohen: auf die Bildung eines gegenrevolutionären Blocks mit Unterstützung der Imperialisten, um die national-revolutionäre Bewegung von außen her zu zertrümmern, und auf den Versuch der in der nationalen Bewegung stehenden Bourgeoisie, die Führung an sich zu reißen, um die Revolution niederzuringen. Diese Einschätzung wird gegenwärtig durch den Verlauf der Ereignisse bestätigt. Der Uebergang der chinesischen Revolution in ein neues Entwicklungsstadium wird notwendigerweise von einer Verstärkung beider Gefahren begleitet.

In der Resolution zur chinesischen Frage heißt es:

„Manche Schichten der Großbourgeoisie und sogar die Militaristen, die sich bisher dem national-revolutionären Kampfe fernhielten oder sogar ihm gegenüber eine feindliche Stellung einnahmen, beginnen auf die Seite der Kantonregierung überzugehen, um die Position der Agenten des Imperialismus in den Reihen der nationalen Bewegung zu stärken.“

Der stürmische Erfolg der national-revolutionären Armee konnte nur den oben angedeuteten Prozeß beschleunigen. In das Revolutionsheer ergießen sich immer neue Formationen, deren Anführer durch soziale Bande mit der Bourgeoisie verknüpft sind. Andererseits fühlt sich die Bourgeoisie, die bereits früher auf dem rechten Flügel der national-revolutionären Bewegung gestanden hatte, von der Aktivität der Massen zurückgedrängt und tritt in feindselige Opposition zur Kuomintang, ohne offiziell mit den national-revolutionären Organisationen zu brechen. Wir haben bereits oben gesehen, was für ein kompliziertes System von Heuchelei, Hinterlist, Provokation und Lüge der Imperialismus in Anwendung bringt, um sich mit diesen bürgerlichen Elementen zusammenzuschließen und, auf sie gestützt, die Revolution von innen her zu sprengen. Hinzu kommen noch die Schwankungen, der Individualismus und die persönlichen Reibungen, die in die Bewegung naturnotwendig von den Vertretern der kleinbürgerlichen Intellektuellen hineingetragen werden, die subjektiv revolutionär gestimmt, aber im Massenkampf noch ungenügend gestählt sind.

Diese ganze verwickelte Umgruppierung vollzieht sich in der Arena des Bürgerkrieges angesichts des mächtigsten, geschicktesten, keine Mittel scheuenden imperialistischen Feindes, der bemüht ist, jede Schwäche, jeden

falschen Schritt der revoltierenden werktätigen Massen auszuschlachten. Unter solchen Umständen hat das junge, erst in schweren Kämpfen erstarkende Proletariat, als klassenbewußteste und allein der wirklichen Führung fähige Organisationskraft die kompliziertesten Aufgaben des Manöverkampfes zu lösen. Die Lösung der Aufgaben und die Wahrung der Macht der revolutionären Front werden trotz der unvermeidlichen Abwendung der Großbourgeoisie dadurch erleichtert, daß sich in die Bewegung elementar die vielmillionenköpfige Bauernmasse ergießt, die den Haß gegen die Imperialisten und ihre Agenten in sich trägt und bereit ist, in dem gegenwärtigen Stadium der Revolution dem Proletariat bis zuletzt Gefolgschaft zu leisten. Die unaufhaltsam wachsende Bauernbewegung jedoch verstärkt die Reserven des Proletariats, aber sie bürdet ihm die außerordentlich komplizierte Arbeit auf, die Bewegung organisatorisch zu erfassen, um den Bauernaufstand und die Revolten in klassenbewußte Bahnen zu leiten.

Das chinesische Proletariat kann dieser Aufgabe nur unter Ausnutzung der gesamten Erfahrungen des internationalen Kampfes gerecht werden. Die revolutionäre Bewegung Chinas vom internationalen Proletariat, von der Grundfeste der proletarischen Revolution, der Sowjetunion loslösen, hieße: sie ideell und organisatorisch entwaffnen. Daraus erklärt sich der neuerliche Haßausbruch gegen die USSR, der gegenwärtig unter dem Eindruck der englischen imperialistischen Niederlage in Schanghai die Baldwin-Regierung ergriffen hat. Daraus ergeben sich auch die fieberhaften Bemühungen der reformistischen Führer, zwischen den Werktätigen Chinas und dem Proletariat der kapitalistischen Länder eine undurchdringliche Wand gegenseitiger Mißverständnisse und Entfremdung zu errichten. Aber die Antwort, die Eugen Tschen im Namen der Kantonregierung dem vereinigten Nationalrat, der Labour-Party und der Trade-Unions erteilte, beweist, daß die Macdonald-Strömung kraftlos ist, daß das Bündnis zwischen der chinesischen Revolution und dem Proletariat aller Länder vom gemeinsamen Revolutionskampf besiegelt werden wird.

„Hände weg von China“ ist nur eine Teilformel der Pflichten, die die chinesische Revolution dem internationalen Proletariat auferlegt. Der zweite Teil der Formel heißt:

Gemeinsamer revolutionärer Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind!

W. MITZKEWITSCH-KAPSUKAS:
 DIE NATIONALE REVOLUTIONÄRE
 BEWEGUNG IN WEST-WEISSRUSSLAND UND
 DIE ZERSTÖRUNG DER „HROMADA“

I.

In Polen gibt es drei Faktoren der revolutionären Bewegung: die Arbeiterbewegung, die Bauernbewegung und die nationale Bewegung — der Kampf der unterdrückten Nationalitäten. Nachdem Pilsudski im Mai 1926 ans Ruder gelangt war, versuchte er mit Hilfe seiner getreuen Knappen aus der PPS und anderer Agenten des Kapitals und des Grundbesitzes, die revolutionäre Bewegung einigermaßen einzudämmen sowie Polen wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren. Doch es stellte sich sofort heraus, daß die Gegensätze zwischen jenen agrarischen und kapitalistischen Gruppen, auf die sich Pilsudski in erster Linie stützt, und den werktätigen Massen von Stadt und Land, sowie die Gegensätze zwischen den polnischen Grundbesitzern in West-Weißrußland und West-Ukraine und den weißrussischen und ukrainischen Bauern so groß sind, daß alle Stabilisierungsversuche Pilsudskis recht bald an ihnen scheiterten.

Von großem Interesse ist die Nationalitätenpolitik Pilsudskis, besonders gegenüber den Weißrussen und den Ukrainern. In kleinbürgerlichen Kreisen galt Pilsudski seit langem als Freund der unterdrückten Nationen, als Anhänger „Groß-Polens“, das auf föderativer Grundlage Litauen, Weißrußland und Ukraine in den Grenzen des geschichtlichen Polens, vor dessen erster Aufteilung von 1772, vereinigen soll. Nachdem er die Macht ergriffen hatte, versprach er eine „gerechte“ Lösung der weißrussischen und ukrainischen Nationalitätenfrage. Seine Minister begannen von „Achtung gegenüber den nationalen Sprachen der Bevölkerung“ zu reden; man fing an, von Autonomie zu sprechen und einige — wenn auch unbedeutende — weißrussische und etwas größere ukrainische kleinbürgerliche Kreise (der „Seljanskij Sojus“ — Bauernbund — von Jeremitsch, die Christlich-demokratischen Anhänger des Pfarrers Stankewitsch in Wilna, die Reste der Anhänger von Petljura usw.) ließen sich damit einfangen. Auch heute noch liebäugelt die Regierung Pilsudskis mit ihnen, und zum Teil nicht ohne Erfolg. Dem Innenministerium wurde selbst ein spezielles Komitee für die Angelegenheiten der nationalen Minderheiten angegliedert und an dessen Spitze solche Mitglieder der „oppositionellen“ PPS gestellt, wie zum Beispiel Wassilewski und Holuwko, der „Theoretiker der Föderation“, der vor kurzem eine Reise nach Lettland unternommen und den lettischen Minister des Auswärtigen, den Sozialdemokraten Zeelens, zum Abschluß eines Bündnisses mit Polen gegen die USSR überreden wollte. Doch bis zum heutigen Tage hat die Nationalitätenpolitik Pilsudskis die Lösung der weißrussischen und ukrainischen Frage auch nicht um ein Jota gefördert. Keine einzige

der nationalen Forderungen der Weißrussen und Ukrainer ist erfüllt*). Daher ist und bleibt die nationale Frage in Polen die brennendste aller Fragen.

Ganz besonders brennend ist aber die nationale Frage in West-Weißrußland und in der West-Ukraine, da sie dort im engsten Zusammenhang mit der Agrarfrage steht. Die dortigen Grundbesitzer sind fast ausschließlich Polen. Sie sind in den Augen aller „anständigen“ polnischen Patrioten die Träger der „höheren“, der „polnischen Kultur“ unter den „unwissenden Mushiks“ West-Weißrußlands, der West-Ukraine und Litauens. Im Fall eines Krieges gegen die USSR sind diese polnischen Güter die einzige zuverlässige polnische Basis in diesen Gebieten. Wie kann also Pilsudski diese „Stätten polnischer Kultur“ und seine eigenen „militärischen Stützpunkte“ zerstören! Außerdem war Pilsudski selbst mit den polnischen Gutsbesitzern der östlichen „Grenzgebiete“ stets aufs engste verbunden und hat gegenwärtig in ihnen die krassesten Vertreter des polnischen Faschismus, die hervorragendsten Mitglieder seiner Regierung und entschlossensten Schrittmacher des „Stabilisierungsplans“ der heutigen Regierung Polens — des Planes der Agrarisierung des Landes. Die „Agrarreform“, mit deren Durchführung Pilsudski in den östlichen „Grenzgebieten“ bereits seit längerem begonnen hat, kommt zum Ausdruck einzig in der polnischen Kolonisation dieser Gebiete nach altem preußischen Muster. Trotz des größten Landhungers der ortsansässigen weißrussischen und ukrainischen Bauern wird ihnen kein Boden zugeteilt. Statt dessen werden künstlich polnische Kolonisten gezüchtet, die sogenannten „Ossadniki“, die sich aus den Reihen der ehemaligen polnischen Legionäre, Offiziere, Gendarmen usw. rekrutieren. Ihre Hauptaufgabe ist die Stärkung der „Stätten polnischer Kultur“, die Festigung der militärischen „Stützpunkte“ des polnischen Staates gegen die USSR, der Kampf gegen die „schädlichen“ weißrussischen und ukrainischen Elemente und dergleichen mehr. Dadurch wird die nationale Frage in West-Weißrußland und in der Ukraine außerordentlich verschärft.

Der beste Beweis für die Verschärfung ist der Kampf in West-Weißrußland und die außerordentliche Entwicklung der weißrussischen „Hromada“.

II.

Die weißrussische nationale Massenbewegung ist noch sehr jung. Von größter Bedeutung für ihre Entwicklung war erstens die vollständige Lösung der weißrussischen Frage in der USSR, wie sie in der Schaffung der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik zum Ausdruck kam; zweitens der Druck der polnischen Okkupation, das vollständige Fehlen irgendeiner Lösung der weißrussischen Frage in West-Weißrußland. Wie rasch sich die weißrussische nationale Massenbewegung entwickelte und wie groß ihre revolutionäre Rolle ist, zeigt am besten das Wachstum und der Charakter der „Hromada“.

Die „Belorusskaja Seljansko-Rabotschaja Hromada“ (Weißrussischer Arbeiter- und Bauernbund) ist die erste bäuerliche Massenorganisation West-

* Im Jahre 1920/21 gab es in West-Weißrußland 514 weißrussische Schulen, 1922/23—22, 1924/25—20, 1926 nur noch 3 Schulen. Die Regierung Pilsudskis hat dem Seljskij Sojus die Genehmigung für ein weißrussisches Gymnasium und mehrere Elementarschulen erteilt, doch ist dies nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Weißrußlands. Im Laufe von anderthalb Jahren ist sie von einer kleinen Parlamentsgruppe zu einer bäuerlichen Massenorganisation herangewachsen. Eine besonders stürmische Entwicklung setzte nach dem Mai-Staatsstreich Pilsudskis ein. Ende 1925 zählte sie nur etwa 1000 Mitglieder, April 1926 4000, im Juli 18 000, im August 25 000, im September 34 000, im Oktober 50 000, im November 65 000, im Dezember 74 000, im Januar 1927 98 000 mit 2000 „Hurtki“ (Zirkel). In ihren Händen liegt die Führung fast der ganzen weißrussischen Kultur- und Bildungsarbeit, fast die ganze Genossenschaftsbewegung West-Weißrußlands steht unter ihrem Einfluß, ebenso hat sie die ganze legale weißrussische bäuerliche Freiheitsbewegung monopolisiert, mit Ausnahme des katholischen Teils West-Weißrußlands, wo der Einfluß der katholischen Pfaffen unter den Bauern noch stark ist.

Das Programm der „Hromada“ entsprach der allgemeinen Stimmung der weißrussischen Bauernschaft, deren Revolutionierung unter dem Druck der polnischen Okkupation und dem Einfluß der Nachbarschaft der weißrussischen Sowjetrepublik mit Riesenschritten vorwärts eilte.

Die „Hromada“, die die Stimmungen dieser Massen widerspiegelt und bestrebt ist, deren spontane Bewegung organisatorisch zu erfassen, hat in ihrem Programm folgende Hauptforderungen aufgestellt: Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Zusammenschluß aller weißrussischen Gebiete in eine unabhängige Republik mit einer Arbeiter- und Bauernregierung an der Spitze, „enger sozialistischer Bund aller Völker Europas“, Konfiskation des gutherrlichen und kirchlichen Grundbesitzes, Aufteilung desselben sowie der staatlichen Ländereien unter die bodenarmen Bauern und Landarbeiter durch Bauernkomitees. Das Programm verfiicht das Bündnis der Arbeiter und Bauern unter der Führung des Proletariats. Zugleich aber besagen die Statuten der „Hromada“ deutlich, daß sie „im Rahmen der Gesetze und der Verfassung des polnischen Staates“ kämpft.

Gründer der „Hromada“ war der weißrussische Abgeordnete des polnischen Sejm Taraschkewitsch, der noch vor wenigen Jahren ein Anhänger Pilsudskis war und sich in seiner Politik nach Polen hin orientierte. Doch die polnische Wirklichkeit machte seinen Illusionen bald ein Ende — dem besten Teil der weißrussischen Intellektuellen ging es auch nicht anders. Die Sejm-Fraktion der weißrussischen „Hromada“ ist während der letzten Jahre mehrfach in ein Blockverhältnis zur kommunistischen Fraktion getreten.

Unter dem Druck der polnischen Okkupation machte die Revolutionierung der weißrussischen Bauernmassen noch raschere Fortschritte als diejenige der weißrussischen Intellektuellen. Ausschlaggebend war hier erstens die unglaublich schwierige Lage der übergroßen Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung West-Weißrußlands: Verelendung infolge des Krieges, größter Landhunger*), die Mißernte des vorigen Jahres (die Ernte des Jahres 1926 brachte im Vergleich zum Jahre 1925 um 40 Prozent weniger ein), die gewaltige Uebervölkerung des Dorfes, der weder nach Osten noch nach Westen ein Ausweg offen steht; das Fehlen von Nebenerwerb infolge der Wirtschaftskrise des Landes; große Steuerlasten (die Steuern sind in

* In West-Weißrußland bilden die armen Bauern die überwiegende Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, die Kulaken etwa 3 Prozent.

West-Weißrußland noch höher als im eigentlichen Polen); die Kolonisationspolitik der polnischen Behörden usw.; zweitens die äußerst starke nationale und politische Unterdrückung: gewaltsame Polonisierung der weißrussischen Bevölkerung, Verfolgung alles Weißrussischen, militärische Kolonisation („Ossadnitschestwo“), die Willkür der Behörden, das Wüten der polnischen Geheimpolizei (1500 politische Gefangene in West-Weißrußland, noch vor den jüngsten Ereignissen). Drittens: Wie bereits gesagt, der revolutionierende Einfluß der Nachbarschaft der weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, insbesondere die Lösung der nationalen und der Agrarfrage im Einklang mit den Interessen der werktätigen Massen, sowie auch die großen Fortschritte an der Wirtschaftsfront. Viertens: Von großer Bedeutung ist auch die Arbeit der Kommunistischen Partei West-Weißrußlands unter den Massen. Sie steht in engster Fühlung mit den Bauernmassen und hat es verstanden, unter ihnen großen Einfluß zu gewinnen. Fünftens: Die Bevölkerung West-Weißrußlands hat den imperialistischen und den Bürgerkrieg, die deutsche Okkupation und die Oktoberrevolution durchgemacht.

In den letzten Monaten machte sich in der Stimmung der west-weißrussischen Bauernschaft ein bestimmter Umschwung bemerkbar, der in der Zunahme ihrer politischen Aktivität zutage trat. Es machten sich Tendenzen zu Aufständen und zum Partisanentum bemerkbar.

Bereits 1924 war West-Weißrußland der Schauplatz einer stürmischen Partisanenbewegung, die durch den unerhörten Druck der polnischen Okkupation hervorgerufen wurde. Damals aber erfaßte diese Bewegung nur die revolutionärsten Spitzen des weißrussischen Dorfes, die einen Frontalangriff gegen die Unterdrücker unternahmen. Diese Bewegung war ganz und gar unorganisiert, es fehlte ihr jeder Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung der weißrussischen Städte und der allgemeinen polnischen Bewegung, daher war sie von kurzer Dauer. Im Jahre 1925 gelang es der polnischen Regierung, mit Hilfe brutalster Repressalien ihrer Herr zu werden. Zugleich wurde auch die Kommunistische Partei und andere revolutionäre Arbeiterorganisationen der Städte zertrümmert.

Darauf folgte bei der Bauernschaft West-Weißrußlands eine Periode der „Passivität“. Die Bauern sagten: „Wir sind bereit, mit Waffen in der Hand dem ersten Ruf der revolutionären Partei Folge zu leisten. Wir haben dies 1924 bewiesen, bereitet aber zunächst eine Bewegung in den Städten, eine Bewegung in ganz Polen vor, an uns wird es dann nicht liegen.“ Angesichts dieser Stimmung war es äußerst schwer, die Bauernschaft West-Weißrußlands zur Beteiligung am täglichen Kampf um Teilforderungen, zur Unterstützung der Aktionen des Proletariats in Polen und West-Weißrußland zu bewegen.

Doch die sich immer verschlechternde wirtschaftliche Lage des weißrussischen Dorfes, die stets zunehmende nationale und politische Unterdrückung sowie der von der 3. Konferenz der KP West-Weißrußlands eingeschlagene richtige Kurs auf die Entfaltung eines politischen Massenkampfes in Verbindung mit allen Nöten und Leiden der weißrussischen Bauernschaft, begannen allmählich ihre Früchte zu tragen. Dank der umfassenden Massennarbeit der „Hromada“ wurden immer breitere Bauernmassen in den aktiven Kampf um die wirtschaftlichen Teilforderungen

(Steuerfragen, verschiedene Naturalleistungen, Kredit usw.) und um politische Kampagnen (Maikampagne, Kampagne für die Befreiung politischer Gefangener, Kampagnen für den Unterricht in der Muttersprache) hineingezogen. Von besonderer Bedeutung für die Aufrüttelung des flachen Landes war der faschistische Staatsstreich Pilsudskis und seine weitere faschistische Politik, die der weißrussischen Bauernschaft neue Leiden brachten: Wiederaufleben des weißen Massenterrors, gesteigerte Ansiedlung und Bewaffnung der „Ossadniki“; Schaffung lokaler faschistischer Kaders zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung.

An verschiedenen Orten wurden zahlreiche Bauernmeetings mit 5000 bis 7000 Teilnehmern und vor allem Massendemonstrationen organisiert. Während der letzten fünf, sechs Monate haben in West-Weißrußland zahlreiche derartige Demonstrationen mit 1000 bis 3000 und mehr Teilnehmern stattgefunden. So zum Beispiel hat es im Juni und Juli mehrere Demonstrationen in Baranowitschi, Slonim, Nowogradok gegeben, die von der KP, unter Ausnutzung der von der PPS veranstalteten Meetings, organisiert wurden. Aus Anlaß der neunten Jahresfeier der Oktoberrevolution wurden acht Demonstrationen organisiert. In zwei Fällen hat es die Polizei nicht gewagt, die demonstrierenden Massen auseinanderzutreiben, als auf die Warnung der Polizei, sie würde von den Schußwaffen Gebrauch machen, ihr aus der Menge geantwortet wurde: „Wir wollen sehen, wer besser schießt, ihr oder wir?“

Auf dieser Grundlage wächst die Mitgliederzahl der „Hromada“ und ihr Einfluß im raschen Tempo. Sie wird zu einer radikalen Massenorganisation der Bauern, wie sie nicht nur in West-Weißrußland, sondern auch in anderen Ländern, in denen die Reaktion so wütet, wie im faschistischen Polen, noch nie gesehen war. Die polnische Regierung hat, wie der Innenminister sich ausdrückte, die Entwicklung der „Hromada“ „verschlafen“. Die Repressalien begannen auf sie niederzuhageln, als sie bereits etwa 10 000 Mitglieder zählte. Dadurch kam zunächst eine kleine Stockung in diese Bewegung, doch dann nahm die Entwicklung einen noch rascheren Verlauf. Die strengsten Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden (Geldstrafen bis zu 4000 Zloty für Beteiligung an durchaus legalen Versammlungen der „Hurtki“, Verauktionierung des Inventars der Bauern, Massenverhaftungen durch die Polizei) erwiesen sich außerstande, das weitere Wachstum dieser Bewegung zu hemmen. Dank ihrem Massencharakter durchbrach sie in gewissem Grade den Rahmen des Polizeiregimes. Manchmal wenden die Bauern besondere Methoden an, um den Geldstrafen zu entgehen: zu Vorsitzenden der „Hurtki“ werden die ärmsten Bauern und Landarbeiter eingesetzt. Unter den Bauern hat sich eine große Solidarität herausgebildet.

III.

Die polnischen Junker und die Bourgeoisie bekamen es nun mit der Angst zu tun, so daß die Regierung Pilsudskis ihren Kurs auf die völlige Zertrümmerung der „Hromada“ nahm. Neben der allgemeinen Offensive der faschistischen Regierung gegen die politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse und der Werktätigen, die wir in ganz Polen sehen, hat der faschistische Terror in West-Weißrußland während der letzten Monate unerhörte, im übrigen Polen unbekannte Formen angenom-

men. Legale Kongresse der „Hromada“ werden von faschistischen Banden überfallen, ihre Teilnehmer werden mißhandelt, so im weißrussischen Kreis, im Grodno-Gebiet, in Staraja Beresa, wo die mit zwei Maschinengewehren bewaffnete Polizei einen behördlich genehmigten Kongreß überfiel, zwei Vertreter der „Hromada“ und etwa 100 andere Teilnehmer mißhandelte und verwundete. Dies führte jedoch nur zur Organisierung eines Selbstschutzes zur Abwehr der faschistischen Banden: so wurden Faschisten, die in Pinsk, Slonim, im Grodno-Gebiet usw. Bauernmeetings überfallen wollten, von den Bauern mit Stöcken arg zugerichtet.

Pilsudski will auf diese Weise die weißrussischen Bauern zu zersplitterten bewaffneten Erhebungen provozieren, um unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Banditismus und Einfälle aus der USSR“ Strafexpeditionen nach West-Weißrußland zu entsenden, den Ausnahmezustand zu verhängen, Standgerichte einzusetzen und die Massenbewegung der weißrussischen Bauern in einem Meere von Blut zu ersticken, ehe ihr die in revolutionärer Beziehung rückständigen Kampfkaders der Westukraine und des eigentlichen Polens, in erster Linie aber das revolutionäre städtische Proletariat, zu Hilfe kommen.

Die Führer der „Hromada“ sind aber auf diese Provokation nicht hineingefallen, sie haben die Massen von unorganisierten Ausbrüchen zurückzuhalten gewußt.

Darauf hat sich die Regierung Pilsudski zu einem noch energischeren Vorgehen entschlossen. Sie beginnt die „Hromada“ sowohl von unten als auch von oben zu verfolgen: die weißrussischen Sejmabgeordneten, die Führer der „Hromada“, Taraschkewitsch, Rak-Michailowski und Woloschin, werden verhaftet. Ebenso das Mitglied der Unabhängigen Bauernpartei, Holowatsch, und Hunderte anderer Führer in ganz West-Weißrußland. Faktisch ist die „Hromada“ aufgelöst; zerstört sind auch die weißrussische Genossenschaftsbank, der Genossenschaftsverband, Schulen, Gymnasien, Zeitungen usw. Es werden niederträchtige Gerüchte über sowjetrussisches Geld, über Moskauer bzw. Minsker Agenten, über Waffenkäufe der „Hromada“, über Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes usw. in Umlauf gesetzt. Die ganze reformistische Meute aus der PPS und anderen gelben Parteien unterstützt Pilsudski bei dieser Provokation und Hetze aufs eifrigste. Auf Grund dieser Provokation will die Regierung Pilsudskis nicht nur die „Hromada“ liquidieren, sondern auch die besten Vertreter der weißrussischen werktätigen Massen überhaupt beseitigen. Sie will in West-Weißrußland den kompromißlerischen und bestechlichen weißrussischen Gruppen (von Jeremitsch, Pfarrer Stankewitsch, Pawljukewitsch) die Wege ebnen, die trotz der Unterstützung Warschaws es nicht vermocht haben, irgendeinen Einfluß auf breite weißrussische Massen zu gewinnen.

In wessen Interesse werden die weißrussischen Kultur- und Bildungsorganisationen, die Schulen und Genossenschaften zerstört? Vor allem im Interesse der Landmagnaten, mit denen Pan Pilsudski in Neswisch ein enges Bündnis geschlossen hat, das in erster Linie gegen die Bauern und Arbeiter von West-Weißrußland und der West-Ukraine, gegen ihre ganze nationale Freiheitsbewegung gerichtet ist. Die weißrussischen reaktionären Agrarier tobten schon seit langem gegen die „Hromada“ und verlangten ihre Vernichtung.

Zweitens — und dies ist von besonderer Wichtigkeit — will Pilsudski durch die Vernichtung der „Hromada“ und durch die Bekämpfung der weißrussischen Freiheitsbewegung überhaupt sich im Falle eines Krieges gegen die USSR, zu dem er sich unaufhörlich rüstet, den Rücken sichern. Für diesen Fall ist es für ihn besonders wichtig, als die wirklichen Vertreter der weißrussischen nationalen Interessen jene korrupten Gruppen in den Vordergrund zu rücken, die einen Zusammenschluß der weißrussischen Republik unter den Fittichen Polens herbeiführen wollen, d. h. faktisch Pilsudski in seinen Bestrebungen zur Annexion der Weißrussischen Sowjetrepublik unterstützen.

Drittens ist die Zerstörung der „Hromada“ der Beginn einer vorbereiteten Kampagne zu den bevorstehenden Sejmwahlen, der Versuch, den treuen Kettenhunden Pilsudskis die weißrussischen Sejmmandate zu sichern. Während daher die breiteste öffentliche Meinung Weißrußlands die Zerstümmerung der „Hromada“ aufs entschiedenste verurteilt, wird sie von Pawljukewitsch, der für Pilsudskis Geld arbeitet und nur allzu gern die Mandate der „Hromada“-Abgeordneten für sich haben möchte, offen begrüßt. Die „oppositionelle“ PPS „wartet“ immer noch auf die Veröffentlichung des bei den verhafteten Sejmabgeordneten beschlagnahmten Materials.

Doch diese Pläne Pilsudskis haben nur wenig Aussicht auf Erfolg. Die „Hromada“ hat dank ihrem entschiedenen Kampfe gegen die wirtschaftliche, politische und nationale Knechtung, dank der energischen Abwehr der faschistischen Banden tiefe Wurzeln in den werktätigen Massen West-Weißrußlands geschlagen und diese Wurzeln können nicht so leicht ausgerottet werden. Die „Hromada“ gibt ihre Arbeit nicht auf. In West-Weißrußland werden überall Massenproteste gegen die Zerstörung der „Hromada“ erhoben; zu Tausenden setzen die Bauern ihre Unterschriften unter Protestresolutionen und senden diese an den Sejm und die Regierung. Doch selbst wenn es Pilsudski gelingen sollte, die „Hromada“ zu zerstören, so wird es ihm doch keinesfalls möglich sein, die unabhängige weißrussische nationale Freiheitsbewegung aus der Welt zu schaffen. Denn ohne durchgreifende Umgestaltung des ganzen inneren Regimes Polens können selbst die minimalsten Bedürfnisse der werktätigen weißrussischen Massen nicht befriedigt werden. Bleibt die „Hromada“ auf der Strecke, so tritt die Kommunistische Partei West-Weißrußlands, die bereits einen großen Einfluß unter den breiten werktätigen Massen erlangt hat, in die Bresche, und sie wird den Kampf der Massen führen können. Unter ihrer Leitung werden sich die Massen nicht zu vorzeitigen zersplitterten Aktionen provozieren, sie werden sich nicht vereinzelt und getrennt schlagen lassen.

Die PPS und andere gelbe Lakaien Pilsudskis vergiften die Gehirne der polnischen Arbeiter und Bauern mit Chauvinismus, indem sie die nationale Freiheitsbewegung West-Weißrußlands und der West-Ukraine als eine Gefahr für die Unabhängigkeit Polens hinstellen, die eine „neue Teilung“ Polens herbeiführen werde. Doch dieser Schlag gegen die weißrussischen Bauern ist nur der Anfang eines neuen wütenden Feldzugs gegen die ganze Arbeiterklasse und die Bauernschaft Polens und der West-Ukraine. Er hat schon begonnen (unaufhörliche Verhaftungen in Polen, Wüten der Schandjustiz in der West-Ukraine). Unter den schweren Streichen der junkerlich-kapita-

listischen faschistischen Diktatur wird immer breiteren Massen der polnischen Arbeiter und Bauern das Verständnis dafür aufgehen, daß nur das engste Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern der verschiedenen Nationalitäten, daß nur der gemeinsame Kampf um die Befreiung, nur die volle Befreiung der unterdrückten Nationalitäten, nur ihr Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung, sowohl den polnischen Arbeitern wie den Bauern ihre volle Befreiung vom Joch der Grundbesitzer und Kapitalisten bringen kann. In Warschau haben bereits Protestkundgebungen gegen die Zertrümmerung der „Hromada“ stattgefunden. Zweifellos werden diese Proteste sowohl im ganzen Lande als auch im internationalen Maßstabe Wiederhall finden.

CH. WURM:

DAS JAHR DER RATIONALISIERUNG IN DEUTSCHLAND

Das Jahr 1926 stand in der deutschen Industrie noch stark im Zeichen der Rationalisierung, deren dringendste Aufgaben in diesem Jahre zu Ende geführt wurden. Die ganze Periode dieser Rationalisierung, die schon das Jahr 1925 umfaßte, ging mit der Vernichtung einer großen Anzahl nicht kapitalkräftiger Betriebe und kleiner Kapitale zu Ende. Die Bankrotte, die im Monatsdurchschnitt 1913 — 811 betrug, verlaufen in der Periode der Rationalisierung wie folgt:

April 1925	910
Oktober 1925	1797
Januar 1926	3645
Oktober 1926	632
Dezember 1926	427

Eine ähnliche Bewegung zeigen die Statistiken über Geschäftsaufsichten und Wechselproteste. Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen, daß nun auch die sogenannte Reinigungsphase zu Ende ist, die normalerweise jede Krise begleitet, aber in dieser Periode ihre Wirkungen vervielfacht hat. Die Rationalisierung im letzten Jahre war zugleich begleitet von einer im ganzen bedeutenden Belebung der Wirtschaft, deren Ursachen nur zum Teil mit der Rationalisierung zusammenhängen, die mehr von äußeren Umständen, vor allem von dem Streik der englischen Bergarbeiter diktiert war. Dieser Aufschwung war zum Teil sogar ein Förderer der Rationalisierung, besonders im Kohlenbergbau. Der größte Teil der Kohle wird gegenwärtig auf mechanischem Wege gewonnen. Die Kohlenproduktion übersteigt bereits die Produktion vom Jahre 1913. Nach dem vom Institut für Konjunkturforschung aufgestellten Produktionsindex der wichtigsten Grundstoffe, in dem die monatliche Durchschnittsproduktion von 1913 mit 100 festgesetzt ist, betrug die Kohlenproduktion im November 1926 bereits 108,2. Vergleicht man die Produktion vom Oktober 1925 mit der im Oktober 1926, so zeigt sich eine Produktionssteigerung von über 10 Prozent. Diese Steigerung wurde erzielt

bei einer gegenüber Oktober 1925 um über 10 Prozent zurückgegangenen Arbeiterzahl. Der allgemeine Aufschwung führte weniger zu einer Belebung des Binnenmarktes als zu einer Steigerung der Ausfuhr. Während die Ausfuhr 1925 einen Wert von 8792 Millionen Reichsmark hatte, stieg sie in den ersten 11 Monaten 1926 auf 9015 Millionen. Die Gesamtausfuhr 1926 (reiner Warenverkehr) dürfte gegen 1925 mit einem Plus von 1 Milliarde abschließen, um 12 Prozent höher als 1925. Doch ist diese Ausfuhr immer noch um 26 Prozent geringer als 1913. Diese Ausfuhrsteigerung kam zum größten Teil Rohstoffen und Halbfabrikaten (Kohle, Eisen) zugute. Dies zeigen die Ausfuhrziffern für Kohle und Eisen.

Die Kohlenausfuhr betrug:

1913	24 767 129 to
1925	14 437 488 „
1926 = 10 Mon.	26 335 299 „

Danach wurden in den ersten 10 Monaten 1926 fast 2 Millionen Tonnen mehr Kohle ausgeführt als im ganzen Jahre 1913.

Nicht anders liegt es beim Eisen. Während der Ausfuhrüberschuß an Eisen 1925 2100 Millionen Tonnen betrug, stieg er in den ersten 11 Monaten 1926 auf 4094 Millionen Tonnen, also in 11 Monaten auf fast das Doppelte. Betrachtet man die Wertziffern, so zeigt sich, daß von dem Plus von 1 Milliarde in der Ausfuhr gegenüber 1925 auf Rohstoffe und Halbfabrikate allein 672 Millionen Mark fallen und davon 422 Millionen allein auf Kohle. Doch diese Konjunkturwelle hatte nur eine geringe Wirkung auf die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, die nur um 6 Prozent anwuchs. Wenn die Wirtschaftspolitik Deutschlands seit Jahren erklären, daß eine Gesundung der deutschen Wirtschaft nur durch eine Verbesserung der Qualität der Waren und eine Steigerung der Ausfuhr für Fertigfabrikate möglich sei, so zeigt sich, daß dieser Weg kaum gangbar ist, um so weniger, als alle kapitalistischen Länder diese Parole aufstellen. Im Gegenteil, die Schwierigkeiten werden ständig wachsen. An der geringen Steigerung der Ausfuhr für Fertigfabrikate sind wesentlich folgende Industrien beteiligt: Chemische Erzeugnisse, Papier und Papierwaren, Kupferwaren, Ton und Porzellan, Leder, Schuhe, Textilwaren. Bei den Fertigfabrikaten von Eisen: Maschinen, Motoren, Elektrowaren, zeigen sich fast keine Veränderungen. der Ausfuhr gegen 1925 und dies trotz der Tatsache, daß im Jahre 1913 diese Posten 27 Prozent der Fertigwarenausfuhr ausmachten.

Trotz einer gewissen Verbesserung der Wirtschaftslage hat sich in den Arbeitslosenziffern nicht allzuviel geändert. Am 1. Januar 1926 betrug die Arbeitslosenzahl 1 486 000, während sie am 1. Dezember 1926 noch 1 370 000 betrug. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen nach allgemeinen Schätzungen während des Jahres mindestens um 70 bis 80 000 stieg.

Diese hohen Arbeitslosenziffern beweisen, daß man die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht mehr zur Beurteilung des Grades der Geschäftstätigkeit heranziehen kann, sondern daß es sich um Arbeitskräfte handelt, die vorläufig für längere Zeit aus dem Produktionsprozeß herausgerissen wurden.

Auf der anderen Seite zeigt es sich, daß das Jahr 1926 dem Kapital sehr gut bekommen ist. Dies wird deutlich bei der inneren Kapitalbildung, die im Jahre 1926 auf 8 Milliarden Mark geschätzt wird. Diese Summe kommt

ungefähr jener gleich, die in der Vorkriegszeit in Deutschland jährlich neu gebildet wurde. Beachtet man jedoch die Entwertung des Geldes um etwa 25 Prozent, so erreichte die Kapitalneubildung drei Viertel der Summe von 1913.

Die praktische Auswirkung der Rationalisierung

Die Hauptaufgaben der Rationalisierung bezeichnete einmal der bekannte Volkswirtschaftler Julius Hirsch in folgendem: Serienproduktion; weitgehende Vereinheitlichung im Verbrauch; Rationalisierung der Produktion in Einzelbetrieben; weit genauere Ausnützung der Arbeitskraft durch mechanische Regelung der Arbeit (Fließarbeit); weitgehende Zerlegung der Arbeitstätigkeit; Verwendung der Maschinen, wo irgend wirtschaftlich tragbar; kleinster Nutzen am einzelnen Stück; schnellster Umschlag; Lohnsteigerung des Einzelnen bei Leistungssteigerung auch des Gesamtbetriebes.

Der Rationalisierungsprozeß setzte sich aber nur zum Teil in der von Hirsch vorgezeichneten Richtung durch. Im Vordergrund stand die technisch-organisatorische Seite, die zum Ziel hatte, eine Arbeitsteilung auf höherer Stufe zu erzeugen. Eine Rationalisierung durch verbesserte Maschinen, Werkzeuge sowie neue Anlagen ist in umfangreichem Maße im Kohlenbergbau und in der Schwerindustrie und der Maschinenindustrie durchgeführt worden. Eine Reihe Industrien stehen noch vor dieser Aufgabe.

Die technischen und organisatorischen Veränderungen im Produktionsprozeß führten zu ganz gewaltigen Leistungserhöhungen sowohl in der Schwer- als auch in der weiterverarbeitenden Industrie. So betrug die Arbeiterzahl des Stahlvereins am 1. April 1926 76 653 und am 1. November 1926 74 534. Dieser Verringerung der Arbeiterzahl steht eine ganz bedeutende Steigerung der Produktion pro Kopf gegenüber. Sie stieg gegenüber Januar 1925 im November 1926 um 37 Prozent. Im Ruhrkohlenbergbau betrug die Zahl der Bergarbeiter am 1. April 1926 378 315 und am 1. Oktober 1926 386 771, während die Monatsförderung von 7,75 Millionen Tonnen auf 10,58 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit stieg. Der tägliche Förderanteil auf den Kopf des Bergarbeiters ist von 943 Kilo im Jahre 1913 und 847 im Jahre 1924 auf 1134 im September 1926 gestiegen. An der Preisentwicklung bei einer Reihe von Fertigfabrikaten zeigt sich auch, daß in diesen Industrien die pro Kopfleistung stark erhöht wurde. Leider bestehen hier keine entsprechenden Statistiken, durch die man ohne weiteres die angeführte Tatsache bestätigen könnte.

Eine andere Seite der Rationalisierung war die im Jahre 1926 zu verzeichnende Konzentration und die Monopolisierungstendenzen. Dieser Prozeß ist soweit fortgeschritten, daß die wichtigsten Verbrauchsgüter und Rohstoffe in wenigen Händen oder gar in einer Hand monopolisiert sind. Kartellierungsbestrebungen und Vertrustungen liefen nebeneinander her. Hier sei nur auf die Monopolisierung von Zement, Zucker und Glühlampen hingewiesen, die im letzten Jahre erfolgte. Stickstoff und Aluminium sind heute bereits in einer Hand vereint. Im Vordergrund der Trustbewegung standen die IG-Farbenwerke, der Ruhrtrust, der Edelstahltrust und der Mitteldeutsche Stahltrust.

Auch international sind eine Reihe von Zusammenschlüssen zu erwähnen, die in der gleichen Richtung gingen. So die Internationale Rohstahlgemein-

schaft, die heute über 60 Prozent des Weltstahlhandels kontrolliert. An anderen internationalen Vereinbarungen seien erwähnt das Glühlampenkartell, die Kartelle für Röhren, Schienen und Feindraht, sowie für Superphosphat. Bei der Gründung des Internationalen Rohstahlkartells wurden eine Reihe von Gegensätzen für den Augenblick überbrückt, die jetzt, nachdem sich die englische Konkurrenz wieder bemerkbar machen wird, erneut hervortreten. Anzeichen von Differenzen sind in der letzten Zeit schon hervorgetreten.

Monopolisierung der Wirtschaft und Preispolitik

Als durch die Unternehmer die Rationalisierung auf die Tagesordnung gestellt wurde, traten die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse energisch für sie ein. In Berücksichtigung dessen jedoch, daß die Arbeiterklasse sich das Joch der Rationalisierung nicht gerne aufzwingen läßt, hat die sozialdemokratische und liberale Presse den Vorbehalt gemacht, daß die Rationalisierung nur dann zweckmäßig sein wird, wenn sie früher oder später zu einem Preisabbau und zu einer Steigerung des Wohlstandes der Massen führen wird. Das war aber ein heuchlerischer Vorbehalt. Unter den Verhältnissen des monopolistischen Kapitalismus erfolgt die Rationalisierung ausschließlich auf Kosten des Wohlstandes der Volksmassen, und die Sozialdemokratie ist ebenso unfähig dagegen anzukämpfen wie auch die liberal-bürgerlichen Publizisten.

Je mehr der Kapitalismus vom Boden der freien Konkurrenz auf den des Monopols übergeht, destomehr kann eine gewisse Preiswillkür vorherrschen. Sie muß vorherrschen, weil sie einen viel einfacheren Weg zur Erhöhung des Profits darstellt und auf dem Binnenmarkt erst recht, weil gerade hier die Preiserhöhung eine Voraussetzung für einen gewissen Absatz auf dem Weltmarkte bildet. Je mehr also die freie Konkurrenz eingeschränkt wird, und die kapitalistische Wirtschaft einen monopolistischen Charakter erhält, desto mehr zeigten sich die preiserhöhenden Tendenzen. So betrug der Preis einer Tonne Förderkohle Ende 1924 16 Schilling pro Tonne, Ende 1925 war er durch die englischen Subventionen auf 14 Schilling gefallen. Bei Beginn des englischen Streiks stand der Preis noch auf der gleichen Höhe. Ende August kostete die gleiche Kohle schon 21,9 Schilling, Ende Oktober 50 Schilling und gegenwärtig beträgt der Preis etwa 32 Schilling. Die letzte Preissenkung ist natürlich durch das Wiederauftauchen der englischen Kohle auf dem Weltmarkte zu erklären. Sehen wir uns die Eisenpreise an. Der Preis für Rohblöcke betrug Ende 1924 5 Pfund, Ende 1925 4 Pfund 1 Schilling. Zwischen April und Juli 1926 betrug er 3 Pfund 18 Schilling, stieg aber, seitdem die Internationale Rohstahlgemeinschaft existiert, im Oktober auf 4,15 Pfund und blieb jetzt bei 4,10 Pfund stehen. Stabeisen, das im Juli noch einen Preis von 4,12 Pfund hatte, ist jetzt auf 5,07 Pfund in die Höhe gegangen. Hier ist ein deutliches Beispiel der Wirkung der Kartellierung, die zeigt, daß die Rationalisierung in der extraktiven Industrie auf der ganzen Linie mit Preissteigerungen verbunden war. Allerdings sind in der gleichen Zeit die Preise für Fertigfabrikate, die weniger kartellisiert sind, um 12 Punkte gefallen. Da nun die Fertigindustrie höhere Preise für Rohstoffe zahlen mußte und trotzdem eine Preisherabsetzung im Interesse der Konkurrenz auf dem Weltmarkte durchführte, so ging die erste

Epoche der Rationalisierung mehr oder weniger auf ihre Kosten, d. h. die Arbeiterschaft dieser Industrien wurde am entscheidendsten getroffen, und es zeigt sich heute deutlich, daß die weiterverarbeitende Industrie voll und ganz der extraktiven ausgeliefert ist.

Die Monopole und ihre Politik

Unter der Regierung Luther wurde seinerzeit erklärt, daß die Regierung die Monopolisierungstendenzen sehr scharf beobachte, damit sie sich nicht zu einer Gefahr für die Wirtschaft gestalten. Damals wurde auch ein „Kartellgesetz“ geschaffen, mit dem man ständig die Kartellpolitik beeinflussen wollte. Ueber dieses Kartellgesetz, bzw. über seine Anwendung schreibt wehmütig das „Magazin der Wirtschaft“, daß die Regierung in keiner Weise gegenüber den Kartellen eingriffen habe. Die Einstellung der Regierung **ber e r n s t e G e f a h r e n** für den Gesundungsprozeß der Wirtschaft in sich.

„Die im Jahre 1925 so groß angelegte Kartellaktion der Regierung ist ja gänzlich im Sande verlaufen. Durch die Rechtsprechung des Kartellgerichtes ist zwar im einen oder im anderen Falle einem Kartellmitglied, das ausscheiden wollte, die Möglichkeit dazu gegeben worden, aber, allgemein gesehen, ist die Machtstellung dieser Monopole jedenfalls durch das Eingreifen des Staates nicht erschüttert worden.“

Aehnlich, schreibt das „Magazin der Wirtschaft“ weiter, sei auch die Haltung der Regierung in der Handelspolitik verlaufen, die sich auf der ganzen Linie zollfördernd auswirkte. Die Steuerpolitik begünstigte die Monopole in der gleichen Richtung, einmal, indem die Fusionssteuer ganz bedeutend erniedrigt wurde und andererseits durch die Herabsetzung der Wechselsteuer und einiger Kapitalverkehrssteuern.

In der politischen Einstellung der verschiedensten Gruppen der deutschen Wirtschaft treten in der letzten Zeit mehr und mehr Gegensätze auf, wobei ein ernster Kampf um die Vormachtstellung geführt wird. Einmal ist es der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft. Hier geht es um die Beseitigung der Lebensmittelzölle, die immer lebhafter gefordert wird. Nachdem die Vertreter der Agrarier der Industrie für die Hochschutzzölle Hilfsdienste geleistet haben, wofür sie Agrarzölle bekamen, glaubt nun die Industrie den Kampf gegen die Lebensmittelzölle, die zu einer Verteuerung der Arbeitskraft führen, aufnehmen zu können. Die Regierung aber hat sich bis heute immer noch sehr stark im Schlepptau der Agrarier befunden. So wurde in der letzten Zeit sogar versucht, die Zölle auf Futtermittel, wie Gerste usw. zu erhöhen, außerdem wurden die Schutzzölle für Roggen und Weizen am 1. August von 3 Mark auf 5 Mark erhöht, gleichzeitig die Ausfuhrvergütung mit Hilfe der Einfuhrscheine. Schließlich trieb die Regierung gegenüber den Agrariern eine sehr freigebige Kreditpolitik, die darauf hinauslief, daß Ende November sich noch über die Hälfte der Roggenernte in den Händen der Landwirtschaft befand. Dadurch stieg der Roggenpreis von 150 im Januar 1926 auf ungefähr 235 im Dezember. Dank der Zollbegünstigung der Agrarier stehen heute die Getreidepreise in Deutschland wesentlich über dem Weltmarktpreis.

Innerhalb der Industrie selbst ist es hauptsächlich der Kampf zwischen der Schwerindustrie und der chemischen Industrie, der sich bemerkbar macht. Letzterer nimmt eine ausgesprochen englische Orientierung ein und versucht auch gegenüber der Arbeiterklasse die alte englische Politik zu

treiben. Sowohl in der Sozialpolitik, wie in der Frage der Regierungsbildung vertritt die chemische Industrie die Auffassung der Heranziehung der Sozialdemokratie. Mit Hilfe der Sozialdemokratie hofft sie sozialen Konflikten aus dem Wege gehen zu können. Aber die Schwerindustrie, die stark unter dem Einfluß der Deutschnationalen steht, ist für eine Scharfmacherpolitik.

Monopole und Arbeiterschaft

Wir stehen nun vor der Frage, wie sich die Rationalisierung auf die Arbeiterklasse auswirkte. Hier steht im Vordergrund das Arbeitszeit- und Lohnproblem. Selbst nach den vom Statistischen Amt festgestellten Daten zeigen sich keine besonderen Veränderungen in dem Lohnniveau der deutschen Arbeiterklasse. Trotz der Konjunktur im Kohlenbergbau trat im letzten Jahre nur eine 4prozentige Lohnerhöhung und zwar erst in den letzten Monaten ein. Der Durchschnittsverdienst eines gelernten Arbeiters in Deutschland stieg von 45,10 auf 46,42 Mark pro Woche, der eines ungelerten Arbeiters von 33,26 auf 34,26 Mark pro Woche. Jedoch wird von den freien Gewerkschaften erklärt, daß durch die Verschlechterung der Akkordsätze der Durchschnittslohn sogar gefallen sei. Die Richtigkeit der Statistik vorausgesetzt, zeigt sich nur eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1 Mark pro Woche. Die Arbeitszeit ist in fast allen Industrien durch Leistung von Ueberstunden, die durch terroristische Maßnahmen der Unternehmer erzwungen wurden, verlängert.

Die Arbeitskämpfe des Jahres 1926 vollzogen sich durchschnittlich auf der Basis von Tarifverhandlungen. Bedeutende Streiks wurden kaum geführt, dafür aber das Schlichtungswesen ausgenützt, dessen Praxis langsam zu einer erheblichen Gefahr für die Arbeiterklasse wird. So mehrten sich in der letzten Zeit die Fälle, wo der Arbeitsminister Schiedssprüche, in denen geringfügige Lohnerhöhungen vorgesehen sind, aufhob, sich also ganz offensichtlich auf die Seite der Unternehmer stellte. Die freien Gewerkschaften kritisieren wohl die Haltung des Arbeitsministers, erklären aber, daß man sich trotz alledem den Schiedssprüchen fügen müsse, da sich auch die Gewerkschaften auf den Boden der einmal angenommenen Gesetze zu stellen hätten, unbeschadet der Haltung der Unternehmer. Durch eine derartige Politik wird natürlich die Wirkungsmöglichkeit der Gewerkschaften mehr und mehr beeinträchtigt und innerhalb der Arbeiterklasse wächst eine Opposition gegen die Gewerkschaften überhaupt heran.

Verringerung der Soziallasten, weitere Verschlechterung der Arbeitszeitgesetzgebung, schließliche Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung, Verlängerung des Arbeitstages, Herabsetzung des Lohnminimums durch ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften, die, weil sie keinerlei Unterstützung erhalten, für jeden Lohn zu arbeiten gezwungen sind, Versuche der Spaltung der Arbeiterklasse, — das sind die Fragen, die in der nächsten Periode im Mittelpunkt der Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse stehen werden. Die Spaltung der Arbeiterklasse ist augenscheinlich das Ziel der schwerindustriellen Unternehmerschaft. Dieser Gedanke wurde von einem den Schwerindustriellen nahestehenden Professor, Ernst Horneffer, noch vor kurzem formuliert. Er sagte in einem Referat in Kreisen der Industrie:

„Die Gefahr der sozialen Bewegung kann allein dadurch gebrochen werden, daß eine Teilung der Massen stattfindet. Denn,

der Tisch des Lebens ist immer bis auf den letzten Platz besetzt und darum kann die Wirtschaft ihren Angestellten niemals mehr als die nackte Existenz gewähren. Das ist ein unumstößliches Naturgesetz. Darum ist auch jede Sozialpolitik eine namenlose Dummheit.“

Diesen Erscheinungen stehen die Gewerkschaftsführer ratlos gegenüber. So schreibt der bekannte Metallarbeiterführer Schliestedt, daß die Kämpfe der letzten Jahre ein einziges Beispiel seien für die Verständnislosigkeit der Unternehmer gegenüber den Arbeitern. Die notwendige Folge sei die Zerreißung jedes „menschlichen Bandes“ zwischen den sich gegenüberstehenden Klassen und ihren Vertretern. Die Kluft werde immer breiter und keine Brücken führen hinüber und herüber.

„Selbst diejenige Arbeiterschaft, die den Kapitalismus für notwendig gehalten hat und sich deshalb mit ihm abzufinden suchte, gerät aus den gleichen Ursachen in immer größere Gegensätzlichkeit zum Unternehmertum.“

Die Politik der Unternehmer: „teilen und herrschen“ sei „vom moralischen Standpunkte“ absolut zu verwerfen.

Will man diese Äußerungen in gutes Deutsch übersetzen, so müßte man sagen: Seit Jahren bemühen wir uns, eine Politik des Burgfriedens zu führen, immer mehr den Unternehmern entgegen zu kommen, und je mehr wir ihnen entgegenkommen, desto frecher werden sie. Schließlich zeigen die Äußerungen Schliestedts auch das Eingeständnis der verräterischen Politik der Führer der Gewerkschaften, die trotz alledem den schließlichen Kampf zwischen Arbeiter und Kapitalisten nicht beseitigen konnte.

Um so mehr wächst jedoch innerhalb der Arbeiterschaft die Erkenntnis, daß die kapitalistische Rationalisierung ein einziger Feldzug der Unternehmer auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. Selbst in den Reihen der wirtschaftsfriedlichen, der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsorganisationen beginnt es zu gären. Die Arbeiterschaft will teil haben an dem erhöhten Arbeitsertrag. Sie will eine höhere Bewertung ihrer qualitativ und quantitativ gestiegenen Ware Arbeitskraft, vor allem auf dem Wege der Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Das äußert sich in einer ganzen Reihe von Tarifkündigungen, die z. T. gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie in Gewerkschaftsversammlungen beschlossen wurden. So in der Metallindustrie Berlins und Rheinland-Westfalens, im Ruhrbergbau, in der sächsischen Textilindustrie u. a. Die Arbeiterschaft beginnt zu begreifen, daß der Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung unausbleiblich und notwendig ist. Vereinzelt zeigt sich sogar eine direkte Initiative der Betriebsbelegschaften. Sie beschließen die strikte Ablehnung jeder Ueberstunde; sie verlassen nach 8 Stunden den Betrieb. So in der Solinger Eisenindustrie und teilweise auch im Ruhrgebiet. Die Unternehmer antworten mit Aussperrungen und Entlassungen von „auführerischen Elementen“. Die Folge ist, daß wohl hie und da ein Nachgeben der Arbeiterschaft zu verzeichnen ist, wie im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und in der Schuhindustrie, daß aber allgemein dieser verschärfte Unternehmerdruck den bewußten Gegendruck der Arbeiterschaft hervorruft.

Die Fronten klären sich; und die Erkenntnis, daß in diesem Kampf gegen das vertrustete kartellierte Unternehmertum die alten Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes nicht mehr ausreichen, gibt den Kommunisten die Möglichkeit, den Parolen der Gewerkschaftsopposition, der Herstellung der Ge-

werkschaftseinheit, der Schaffung von Kampfbündnissen, des entschiedenen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie Leben und Inhalt zu geben. Die Kluft, die eine Zeitlang zwischen den Erwerbslosen und den im Betrieb stehenden Arbeitern vorhanden war, ist bereits überbrückt. Die Arbeiterschaft fühlt sich solidarisch. Was noch fehlt ist die Ausschaltung des Einflusses der immer noch zwischen den Fronten vermittelnden und somit jeden Kampf lähmenden Gewerkschaftsführung. Doch je mehr der Kampfwille der Arbeiterschaft wächst, je brutaler die Unternehmeroffensive ist, um so geringer muß der paralyisierende Einfluß der Gewerkschaftsführung werden. Um so mehr wird die Arbeiterschaft bereit sein, unter der Führung der Kommunistischen Partei den Kampf gegen die katastrophalen Auswirkungen der Rationalisierung zu führen und um so mehr wird die Erkenntnis wachsen, daß nur der Sturz der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterschaft befreien kann.

J. T. MURPHY

DIE ENGLISCHEN REFORMISTEN BERICHTEN ÜBER DEN STREIK

Die jüngsten Untersuchungen über den Generalstreik und die Bergarbeiteraussperrung haben eine Fülle dokumentarischer Feststellungen ergeben, deren Prüfung den Arbeitern ermöglichen wird, sehr entscheidende Schlußfolgerungen zu ziehen. Der Generalrat hat seinen Ergänzungsbericht herausgegeben. Die Bergarbeiter haben ihre Darstellung der Ereignisse veröffentlicht. Die Independent Labour Party hat ihre Ansichten im „New Leader“ geäußert, und Lansburys Weekly hat einen Artikel von Cole veröffentlicht und sich mit demselben im Leitartikel solidarisiert. Einerseits herrscht über viele Momente dieses großen Kampfes eine auffallende Uebereinstimmung der Ansichten, andererseits bestehen tiefe grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, auf die wir ebenfalls die Aufmerksamkeit lenken müssen.

Charakteristisch für diese Untersuchungen ist, daß ihr Objekt nicht die Aktionen der Massen sind, sondern die F ü h r u n g des Kampfes: den Geist, die Solidarität und die Selbstaufopferung der Massen müssen alle anerkennen; alles übrige in diesen Berichten ist eine Prüfung der von den Führern eingehaltenen Linie. Zu beachten ist, daß die ganze Kritik sich entweder gegen den Generalrat oder die Bergarbeiterorganisation als gewerkschaftliche Körperschaften richtet, und daß sich nirgends auch nur der geringste Hinweis auf die Parteien und die Sektionen der in Frage kommenden Partei findet. So sind z. B. Mitglieder des Generalrates und die Bergarbeiter zum großen Teil Mitglieder der Independent Labour Party und der Lansbury-Gruppe, und alle sind Mitglieder der Labour Party. Tragen diese Parteien keinerlei Verantwortung hinsichtlich dessen, was vorgefallen ist? Wenn die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen bedeutet, daß

sie in der größten Krise in der Geschichte der englischen Arbeiterklasse nichts zu sagen, nichts zu tun, keine Rolle zu spielen haben, welchen Wert haben sie dann? Wenn gesagt wird, daß es sich hier um politische Parteien und Gruppen handelt, so müssen wir uns fragen, vergrößert diese Tatsache ihre Verantwortung nicht viel mehr, als daß sie sie verringert? Wir antworten rückhaltlos mit Ja, und die Kommunistische Internationale und ihre Parteien sind bereit, sich selbst auf dieser Grundlage beurteilen zu lassen. Sie selbst haben unbedenklich und öffentlich ihre Haltung einer Untersuchung unterzogen.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß der bedeutsamste Zug in den Berichten des Generalrates und der Bergarbeiterexekutive ist, daß sie es ablehnen, in dem Generalstreik ein Ereignis von größter politischer Bedeutung zu sehen. Im Verlauf des Streikes selbst stellten sie alle einstimmig seine politische Bedeutung in Abrede. Das führende Organ der Labour Party tat dasselbe. Die Zentrale der ILP wurde geschlossen. „Lansburys Weekly“ wurde eingestellt und mit ihm die „Linke Führerschaft“. Sie alle stellten sich hinter den Generalrat und sagten kein Wort über den Kurs, den dieser einschlug.

Um diese Preisgabe der Verantwortung für die Aktionen ihrer Anhänger zu rechtfertigen, treten „Lansburys Weekly“ und der „New Leader“ jetzt mit der Theorie auf, daß es unter diesen Bedingungen tatsächlich notwendig sei, den Betrieb einzustellen, und daß die Bergarbeiter Unrecht hatten, „nicht einzusehen“, daß die ganze Kontrolle des Kampfes, selbst einschließlich des Rechts, ihn eventuell sogar gegen den Willen der Bergarbeiter beizulegen, notwendigerweise auf den Generalrat übergehen mußte, sobald sie die übrigen Gewerkschaften zu ihrer Unterstützung aufgerufen hatten. „Wenn Männer als Verbündete kämpfen, dann müssen sie alle Einschränkungen hinnehmen, die der gemeinsame Kampf erfordert“. Im „New Leader“ vom 21. Januar heißt es:

„Die Bergarbeiter hätten begreifen sollen, daß das letzte Wort bei den Verhandlungen notwendigerweise der Generalrat haben mußte, sobald er die Führung der gesamten Bewegung übernommen hatte.“

Der Sinn dieser Worte ist: Die Bergarbeiter hätten sich dem Generalrat unterwerfen und so ihre Unterwerfung unter die Regierung vorbereiten sollen. Nachdem sie die Gewerkschaften aufgefordert hatten, mit ihnen zu kämpfen und auf dem Kongreß und im Generalrat wiederholte Versprechungen erhalten hatten, daß man mit ihnen kämpfen würde, hätten sie eine Politik mitmachen sollen, die in der Weigerung zu kämpfen bestand, die den Gewerkschaftskongreß von Scarborough und die proklamierte Politik der ganzen Gewerkschaftsbewegung einschließlich des Bergarbeiterverbandes ablehnte. „Lansburys Weekly“ geht noch weiter und schreibt: „Die Bergarbeiter waren im Unrecht, als sie nicht die Verantwortung für die Führung übernahmen“, was in diesem Falle heißt, daß die Bergarbeiterführer die Arbeiter zurückweisen und gegen deren Willen hätten handeln sollen. Mr. Bevin vom Generalrat, der auch der Meinung ist, die Bergarbeiter hätten im Namen der Disziplin gegenüber dem Generalrat diese Politik verfolgen sollen, hat darum keinen Grund zur Klage gegen diese „außenstehende Körperschaft“. Die Einheit zwischen „rechts und links“ ist in diesem Falle hergestellt.

Inwiefern waren die Bergarbeiter bei ihrem Vorgehen gegenüber dem Generalrat im Unrecht? Unserer Meinung nach insofern, als sie dem Generalrat vertrauten und nach wie vor annahmen, daß der Generalrat einen Kampf führen werde, anstatt daß sie den Generalrat sofort entlarvten, als es sich herausstellte, daß er von den gegebenen Versprechungen, sich allen Lohnabzügen und jeder Verlängerung der Arbeitszeit zu widersetzen, abzurücken im Begriff war. Indem sie dies unterließen, halfen sie den Eindruck erwecken, daß der Generalrat kämpfen würde, und festigten so das allgemeine Vertrauen zum Generalrat. Hätten die Bergarbeiter ihn von Anfang an entlarvt — und sie konnten dies besser als irgendein anderer — so könnten die Pugh, Thomas, Bevin, Macdonald usw. jetzt nicht darüber debattieren, was jeder von ihnen an jenem denkwürdigen 30. April 1926 sich dachte, als Pugh, Bevin, Macdonald, Thomas und Cook in der Gewerkschaftskonferenz einen Beschluß zugunsten des Generalstreiks herbeiführten.

Sowohl der Bericht des Generalrates wie der Bericht der Bergarbeiter verwenden auf diese Frage viele Worte. Es ist für niemand im geringsten zweifelhaft, wofür die Masse der Arbeiterschaft kämpfte. Ihre Entschlossenheit und Einsicht hatten sich in zwei Jahren der Agitation und der wiederholten Beschlüsse geformt, die in den Losungen der Bergarbeiter kristallisiert worden waren, und alle Rechtfertigungsversuche des Generalrates werden niemand vom Gegenteil überzeugen können. In Wirklichkeit brach der Generalrat das Bündnis mit den Bergarbeitern, und nicht umgekehrt. Dies ist die einfache Wahrheit in dieser Frage. Und sie taten schlimmeres. Sie hielten den Schein eines Bündnisses aufrecht, um die Bergarbeiter zur Unterwerfung sowohl in Hinsicht auf die Löhne wie in Hinsicht auf die Arbeitszeit zu veranlassen. Dies ist aus ihrem eigenen Bericht erwiesen. Am 26. Februar waren sie für die Losungen der Bergarbeiter. Am 10. März erschien der Bericht der Kohlenkommission, und von da an begann der Frontwechsel, die Anwendung einer doppelzüngigen Politik. Da sie nicht wagten, offen zu sagen, daß der Bericht der Kohlenkommission in Bausch und Bogen angenommen werden solle und daß die Forderungen der Bergarbeiter jetzt nicht mehr am Platze seien, hielten sie den Schein aufrecht, als unterstützten sie die Bergarbeiter, während sie in Wirklichkeit über Lohnkürzungen zu verhandeln begannen und, wie wir bereits eingehend an anderer Stelle (siehe: „Die politische Bedeutung des Generalstreiks“) gezeigt haben, der Regierung noch vor dem Streik einen schwarzen Freitag anboten, den diese jedoch nicht akzeptierte, weil sie sich größere Ziele gesteckt hatte. Ihren eigenen Worten nach riefen sie nicht zum Streik auf, um die Forderungen der Bergarbeiter zu unterstützen, sondern um die Verhandlungen wieder zu eröffnen und der Regierung zu helfen, das zu erlangen, was sie ihr bereits vor dem Streik angeboten hatten. Die Geschichte der Streikführung, wie sie durch die Berichte aufgedeckt wird, sieht so aus, daß die Regierung die KapitulantInnen vollkommen schlug und ihre Panik benützte, um die Bergarbeiter einzuschüchtern. Die ihre wirklichen Feinde nicht bekämpfen wollen, wenden sich immer erbittert gegen jene, die von ihnen verlangen, sich wie Männer zu halten und zu kämpfen. So steigerte auch ihre Kapitulation vom 12. Mai nur ihre Erbitterung gegen ihre „Verbündeten“. Der Bericht des Generalrats fährt dann mit folgender traurigen Geschichte fort: Im Juni

„ . . . war es dem Generalrat jedoch darum zu tun, den Diskussionen nicht vorzugreifen, die mit dem Bergarbeiterverband geführt wurden, und er hoffte, daß sich nach der Fertigstellung des Berichts die Basis für eine Beilegung würde finden lassen.“

Nach Einführung des Achtstundentagesgesetzes

„ . . . beschloß der Generalrat, das Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes aufzufordern, mit ihnen über die besten Möglichkeiten für eine praktische Unterstützung des Bergarbeiterverbandes in seinem Widerstand gegen die Versuche der Verlängerung des Arbeitstages zu beraten und zu prüfen, ob der Generalrat bei der Herbeiführung von Verhandlungen für eine Beilegung des Kampfes behilflich sein könne.“

Als die Bergarbeiter am 22. Oktober eine außerordentliche Konferenz zur Beschlußfassung über die Sperre der Kohlentransporte und über einen allgemeinen Beitrag verlangten, erklärte der Generalrat:

„ . . . Auf dieser Sitzung wurde die Frage von Neuem aufgerollt, ob der Generalrat irgend eine Aktion unternehmen könne, um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu fördern.“

Es wurde ein besonderes „Vermittlungskomitee“ eingesetzt, um „die Möglichkeit der Beilegung zu untersuchen“. Am 29. Oktober trat das Vermittlungskomitee mit der Regierung zusammen, um „weitere Informationen über deren Haltung einzuholen“. Am 5. November hielt es eine Sitzung mit den Bergarbeitern ab, und von da an ging es dazu über, sich darüber zu streiten, was es eigentlich vermitteln solle, indem es mit den Bergarbeitern darüber stritt, ob in einer Diskussion mit der Regierung alles besprochen werden müsse, die Löhne und auch die Arbeitszeit. Und „Lansburys Weekly“, Bevin und Co. und die ILP haben die Unverfahrenheit, hier vom „Eingehen eines Bündnisses“ zu sprechen, von gemeinsamen Kämpfen. Das stimmt schon. Nur ist es kein gemeinsames Kämpfen mit den Bergarbeitern. Der Generalrat „wechselte die Pferde, während er den Fluß überquerte“, und die ILP und „Lansburys Weekly“ gingen mit ihm. Vom 19. März an wurde an der Herstellung des Bündnisses mit den Bergwerksbesitzern und der Baldwin-Regierung gearbeitet, das im weiteren Verlaufe tatsächlich zustande kam.

Freilich stehen die Bergarbeiterführer keineswegs über jeder Kritik. Dieser Bericht zeigt nur zu oft ihr Bestreben, das zu tun, was sie nach der Meinung von „Lansburys Weekly“ nur viel früher hätten tun sollen: „Sie übernahmen die Verantwortung der Führung“ (um mit Lansbury zu sprechen) und suchten nach einer Beilegung im Geiste und nach den Prinzipien kollektiven gewerkschaftlichen Feilschens. Sie versuchten, sich (durch einen Pakt des Stillschweigens) dem Generalrat anzupassen, willigten als Preis für die finanzielle Unterstützung in den Aufschub der außerordentlichen Konferenz ein, und erhielten für ihre Schmerzen von Bromley und später von den anderen einen Dolchstoß in den Rücken. Sie hörten auf die Bischöfe, sie liebäugelten mit dem Kartellschema der ILP, sie bestritten den politischen Charakter des Kampfes. Doch bei aller ihrer Wankelmütigkeit hörten sie auf die Stimme der Massen.

Sie krochen nicht vor der Regierung. Sie wiesen die internationale Unterstützung nicht zurück. Und sie versuchten wirklich die Arbeiter für die Krise vorzubereiten.

Wir können dies nicht vom Rest der Independent Labour-Party sagen. Die Independent Labour-Party-Konferenz, die vor dem Streik stattfand, ignorierte die kommende Krise vollkommen. Es war eine außergewöhnliche Müdigkeit und Befangenheit unter den ILP-Führern vorhanden, sogar als

der Kampf im Gange war. Die ILP-Mitglieder des Generalrates erhielten die Erlaubnis, ihren eigenen Kurs einzuschlagen. Im allgemeinen warteten sie bis irgendetwas sich ergeben würde, und lehnten alle Vorschläge der Kommunisten zur Bildung einer Einheitsfront ab. Ihr Führer Macdonald trat gegen die wissenschaftlich unrichtigen „Lohnkürzungen“ auf und entwarf einen Plan für wirkliche Lohnkürzungen. Als der Generalrat nach der Publizierung des Berichts der Kohlenkommission seine Front zu ändern begann, erklärte der „New Leader“ vom 12. März 1926, daß die Arbeiterbewegung sich mutig rüsten, „sich aber vor allem an die gute Einsicht und das Gemeinschaftsgewissen der Nation wenden solle“. Er tat nichts, um die Bewegung oder seine eigenen Mitglieder für den Kampf vorzubereiten. Ihre Führer im Generalrat waren zu feige, um den Arbeitern zu sagen, daß sie der Meinung seien, die Bergarbeiter hätten unrecht. Macdonald selbst trat für den Streikbeschluß ein, aber später, als der Kampf die Form eines isolierten Kampfes der Bergarbeiter annahm, waren es besonders die Führer dieser Partei, die das Einheitsfrontanerbieten der Kommunistischen Partei zur Durchführung einer Sperre der Kohlentransporte und der Einhebung eines gewerkschaftlichen Beitrages verweigerten, und ihre Führer lösten sich immer mehr von der Bewegung los. Macdonald machte eine Reise in die Sahara. Er war sehr müde und die amerikanischen Zeitungen würden seine Kosten reichlich ersetzen. Der Herausgeber des „New Leader“ kehrte sich ebenfalls mehr von der Bewegung ab, nachdem er bestimmte Abschnitte im Bericht der Kohlenkommission befürwortet hatte und es ihm gelungen war, Cook für den verrückten Plan der „Absatzkartelle“ einzunehmen. Er fand es äußerst schwer, über die Bergarbeiter zu schreiben. Am 12. November schrieb er: „Mit wachsendem Zögern habe ich eben ein spannendes Buch über das Leben der Eingeborenen in der Südsee aus den Händen gelegt. Es wäre Zeit, daß ich meinen Artikel über die Bergarbeiter schreibe. Aber was ich auch versuche, vor meinen Augen sehe ich die blauen Lagunen und die rauschenden Palmenhaine.“ Wie traurig! Bring den Tee herein, Wilhelm — — und die Damen! Der Kampf? — überlassen wir ihm Maxton, unserem „linken Führer“. So reiste Macdonald in die Wüste, der Redakteur wurde träumerisch und wurde später entlassen. Vielleicht erklärt dies Maxtons Verlegenheit, als das Jahr 1927 mit der Niederlage der Bergarbeiter und mit den Vorbereitungen der Regierung für ihre großzügige Offensive gegen die Gewerkschaften, die Arbeitslosen usw. begann. Denn am 7. Januar befand er sich in folgender Stimmung: „Ich habe mich in geistigen Qualen gewunden, um einen Gegenstand zu finden, über den ich diese Woche schreiben könnte. Das Parlament hatte keine Sitzung, die Weihnachts- und Neujahrsthemen sind erschöpft. Die Frage, über die ich schreiben wollte, hat sich nicht der Erwartung nach entwickelt. . . . Auch habe ich nicht den Wunsch, „die Ehre oder Verantwortung des Führertums auf mich zu nehmen“. Nichtsdestoweniger gibt der neue Herausgeber des „New Leader“, der Sekretär der so merkwürdig müden und aufgelösten Führerschaft ist — oder bis zum Antritt seines Herausgeberpostens war — in der Untersuchung „der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiterbewegung von diesem Augenblick an besser nach vorwärts als nach rückwärts blicken solle“. Mit anderen Worten, denkt nicht über die Vergangenheit nach, ihr könntet sonst zuviel über eure Führer von heute entdecken.

Weiter erklärt er: „Wir glauben, daß jetzt fast jeder in der Arbeiterbewegung, wenn er mit sich selbst ehrlich ist, zugeben wird, daß der erste große Fehler der Mangel an organisierten Vorbereitungen für den Generalstreik war.“ Ebenso heißt es in „Lansburys Weekly“: „Der erste Fehler des Generalrates war, daß er keine Vorbereitungen für den Streik traf.“ Aber wir möchten fragen, warum der Generalrat Vorbereitungen für den Streik hätte treffen sollen, wenn die Bergarbeiter doch von Anfang an hätten kapitulieren sollen, denn das ist es ja, was sowohl der „New Leader“ wie „Lansburys Weekly“ im Grunde mit ihrem Argument beweisen wollen, — während der Generalrat vom 12. Mai, wie wir aus dem Bericht hören, bereits überzeugt war, daß kein Kampf stattfinden sollte.

„Lansburys Weekly“ ist in diesem Punkte deutlicher. Es schreibt, die Bergarbeiter begingen einen Fehler, „indem sie ihre Bedingungen nicht früher aufstellten, als es in Wirklichkeit geschah, obzwar wir in diesem Punkte zugeben müssen, daß alle ihnen angebotenen Bedingungen mehr oder weniger Bedingungen der Unterwerfung waren“. Sie erklärt ferner, daß die Bergarbeiter einen Fehler begingen, indem sie nicht erkannten, „daß, sobald der Generalstreik einmal versagt hatte, a) es unmöglich war, eine Sperre der Kohlentransporte durchzusetzen und daß infolgedessen b) die Möglichkeit eines vollen Sieges sehr unwahrscheinlich war“. Dies ist Defaitismus der schlimmsten Art, ausgesprochen, um das Versagen dieser Gruppe im Kampfe für die Sperre des Kohlentransportes zu verbergen. Es gibt hier keinen Unterschied zwischen der Rechten, der Linken und dem Zentrum des Generalrates und „Lansburys Weekly“. Um aber die Rechtfertigung für den Defaitismus noch weiterzutreiben, tut die Lansbury-Gruppe ein übriges und erzählt uns mehr als einmal, daß wir „unrecht hatten, die Führerschaft von einem revolutionären Standpunkte aus zu betrachten“. Jetzt stellen sie den Fall folgendermaßen dar: „Die Wurzel des Uebels lag in dem Mangel an Verständnis dessen, was ein Generalstreik mit sich bringt. In dem Mangel an Erkenntnis, daß ein Generalstreik entweder eine Niederlage oder eine revolutionäre Bewegung ist, die dazu bestimmt ist, die Regierung zu stürzen — nicht notwendigerweise mit Gewalt, sondern eher in verfassungsmäßiger Weise.“ Weiter heißt es: „Der Generalrat bestand zum Teil aus Leuten, die niemals das geringste Vertrauen in den Generalstreik als Kampfmittel hatten und die nicht zögerten, dies den Gewerkschaften zu sagen. Leute, die solche Ansichten haben, hätte man nicht auffordern oder man hätte ihnen nicht gestatten sollen, an der Organisation und der Durchführung eines Generalstreiks teilzunehmen.“

Hier haben wir eine Sophisterei, die sich selbst anklagt: führte „Lansburys Weekly“ jemals eine Kampagne für die Aenderung der Führerschaft vor dem Streik? Nein. Im Gegenteil, es führte eine Kampagne, die dem Generalrat und besonders seinen linken Führern das Vertrauen sichern sollte. Warnte es die Arbeiter vor der Gefahr, die Ausrufung des Streiks durch Männer zu gestatten, die selbst nicht an ihn glaubten? Nein. Im Gegenteil, das Blatt erklärte, daß „der Generalrat die einzige mögliche Körperschaft war, die den Kampf leiten konnte. Aber sie konnte ihn nicht leiten, wenn sie nicht unbeschränkte Vollmacht erhielt, den Streik ebensowohl beizulegen wie ihn zu führen“. So ergibt sich das folgende Bild: man hätte einerseits dem Generalrat wegen seiner Unzuverlässigkeit nicht die Führung eines

Generalstreiks überlassen sollen, was unter den bestehenden Bedingungen heißt, es hätte keinen Generalstreik geben sollen, d. h. die Arbeiter hätten die Bergarbeiter nicht unterstützen sollen, das für ihre Aktion verschwendete Lob ist also Humbug. Andererseits hätte der Generalrat den Streik nicht führen können, nicht weil er unzuverlässig war, sondern weil er nicht die Macht hatte, den Streik beizulegen. Dies widerspricht den Tatsachen. Er bedurfte keiner größeren Macht, als er erhielt, um den Generalstreik auszurufen. Er bedurfte keiner größeren Macht, um den Streik auszudehnen. Und ebensowenig versucht der Generalrat sich für die Proklamierung des Streikabbruchs mit dem Mangel an Vollmacht zu rechtfertigen, den Streik weiter zu entwickeln und zu führen, sondern mit der Weigerung der Bergarbeiterführer, auf die Seite Baldwins überzugehen, wie sie selbst es getan haben. Die Frage der Macht zur Beilegung des Streiks kommt hier gar nicht in Betracht, außer als ein Vorwand für die Kapitulation.

Die Bekenntnisse zeigen, daß der Generalrat, die Labour-Party, die ILP-Führer und ihre Presse eine gemeinsame Rückzugs- und Kapitulationspolitik angesichts einer Situation verfolgten, die Voraussicht, Mut und Kühnheit verlangte. Sie zeigen, daß die Bergarbeiterführer sich ebensowenig über die politische Bedeutung ihrer Aktion im klaren sind wie der Generalrat, daß sie aber dem Druck der Massen stärker folgten, der in wachsendem Maße unter den ideologischen Einfluß der Kommunistischen Partei und der Minderheitsbewegung geriet, die allein eine deutliche und klare Klassenkampfpolitik verfolgten. Außerhalb der Reihen der kommunistischen Bewegung fehlten während des ganzen Kampfes nicht nur jegliche Vorbereitungen, sondern auch jeder Versuch, die politische Bedeutung des Streiks zu erklären. Im Gegenteil, man gab sich die größte Mühe, ihn in den Grenzen eines gewöhnlichen gewerkschaftlichen Kampfes zu halten. Die Bergarbeiterführer versuchten dies nicht weniger als der Generalrat. So lange die Lage so ist, werden die Gewerkschaften auf dem Weg der Niederlagen weiter-schreiten. Es ist weitaus mehr erforderlich als die Umwandlung der Bergarbeiter-Föderation in einen Industrieverband — wie wichtig dies auch sein mag. Und weitaus mehr als die möglichst baldige Rückkehr einer Labour-Regierung ist notwendig, so gerne wir diese auch sehen werden. Der Wert jeder Forderung für die Arbeiterbewegung, sei es die Forderung für einen „kämpfenden Generalrat“, für „Gewerkschaftsverbände“, für „eine Labour-Regierung“, usw., hängt vollkommen von dem Fortschritt ab, den die Arbeiterklasse hinsichtlich der Abschüttelung ihrer Illusionen über den Charakter des Klassenkampfes und die Natur der Aufgaben, die vor ihr liegen, macht, und von der Entwicklung der Kommunistischen Partei zu einer großen führenden Partei. Die veröffentlichten Dokumente sind ein treibendes Moment in dieser Richtung. Sie zeigen deutlich, wenn man sie mit der Leistung der Kommunisten vergleicht, daß die Kommunistische Partei Englands und die Minderheitsbewegung die einzigen waren, die sich während des ganzen Kampfes in ihrer Politik von den Interessen der Arbeiterklasse leiten ließen.

PAWEL ALISSOW:
NEUN JAHRE RAUB UND GEWALT-
HERRSCHAFT

(Zum neunten Jahrestag der gewaltsamen Aneignung
Bessarabiens durch Rumänien)

Im Jahre 1814 erfolgte auf Grund des Bukarester Friedens mit der Türkei die Befreiung Bessarabiens vom türkischen Einfluß und sein Anschluß an Rußland.

Im Jahre 1918 (26./13. Januar) wurde Bessarabien der Sowjetunion durch Bojaren-Rumänien gestohlen. Bis zu diesem Augenblick war Bessarabien über ein Jahrhundert wirtschaftlich mit dem Süden Rußlands (Ukraine) verflochten.

Das Agrarland Bessarabien führte sowohl nach dem Süden Rußlands als auch ins Ausland (durch den Hafen von Odessa) landwirtschaftliche Erzeugnisse aus und importierte industrielle Erzeugnisse des russischen Südens und teilweise des zentralrussischen Industriegebietes.

Dank diesen wirtschaftlichen Bedingungen hat sich Bessarabien im Laufe von mehr als einem Jahrhundert aus einem halbverödeten Gebiet in ein reiches Land mit einer Dreimillionen-Bevölkerung verwandelt.

Während dieser Zeit stand Bessarabien fast in keinerlei Handelsbeziehungen zu Rumänien, was auf die Gleichartigkeit der wirtschaftlichen Struktur Bessarabiens und Rumäniens als Agrarländer zurückzuführen ist. Die sehr schwach entwickelte Industrie Rumäniens führte fast nichts nach Bessarabien aus.

Es ist durchaus natürlich, daß infolge der gewaltsamen Annexion Bessarabiens durch Rumänien und die dadurch verursachte Zerreißung seiner wirtschaftlichen Bindungen an die Ukraine Bessarabien der Bedingungen für eine normale wirtschaftliche Entwicklung beraubt wurde und ein katastrophaler Verfall des Wirtschaftsorganismus Bessarabiens einsetzte. Dadurch wurde nicht nur unter den Proletarier- und den Bauernmassen, sondern auch unter dem städtischen Kleinbürgertum eine außerordentliche Unzufriedenheit gegen die Besatzungsmacht hervorgerufen.

Jedoch ist an dieser Lage in Bessarabien nicht seine gewaltsame Okkupation an sich schuld: die ganze Politik der rumänischen Oligarchie in Bessarabien ist darauf gerichtet, die Produktivkräfte des Landes zu zerstören und sein Volksvermögen auszuplündern.

In den ersten Okkupationsjahren Bessarabiens war es die Hauptbeschäftigung der rumänischen Beamten, im buchstäblichen Sinne des Wortes das Land auszurauben: das gesamte Eigentum der städtischen und ländlichen Selbstverwaltungskörperschaften, der Eisenbahnen, das zurückgebliebene Eigentum der Armee und der Regierungsinstitutionen wurde in das Innere des alten rumänischen Königreiches verschleppt. Sogar vor Fensterrahmen und Türen wurde nicht Halt gemacht.

Die Bevölkerung wurde dabei systematischen Erpressungen und Ausplünderungen unterworfen, die unter der Androhung der Beschuldigung des Bolschewismus erfolgten; eine solche Denunziation endigte in der Regel mit Erschießungen. Der Bevölkerung wurde das letzte Pud Getreide und das letzte Pferd abgenommen. Die rumänischen Marodeure verfielen sogar auf den Gedanken, aus der Bevölkerung alle „Steuerrückstände“ aus dem Jahre 1915 herauszuschinden, die der zaristischen Regierung nicht entrichtet worden waren. Die der Bevölkerung auferlegten Steuern nehmen von Jahr zu Jahr zu. Im Durchschnitt haben die Arbeiter und Bauern 80 Prozent des Staatsbudgets zu tragen. Im Jahre 1927 hat die rumänische Besatzungsgewalt die Steuer erneut um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre erhöht, so daß auf den Kopf der Bevölkerung eine Steigerung von 300 Lei trifft.*

Unter anderem hat die Zuckersteuer eine vierfache Erhöhung erfahren (vier Lei auf das Kilogramm anstatt ein Lei), ebenso die Petroleumsteuer; die Immobiliensteuer wurde um das Dreifache erhöht.

Neben den Staatssteuern werden auch noch Gemeindeumlagen eingeführt und erhöht. In Bessarabien wird eine neue Steuer in Höhe von 10 Lei pro Hektar bebauten Landes eingeführt, die angeblich für den Fonds der agronomischen Hilfe bestimmt ist, weiter eine Steuer von 20 Lei auf jedes Stück Hornvieh. Infolge der rücksichtslos angezogenen Steuerschraube ist es den rumänischen Blutsaugern gelungen, das Staatsbudget für das Jahr 1927 um mehr als fünf Milliarden Lei zu erhöhen und damit ein Gesamtbudget von 33,380 Milliarden Lei zu erreichen. Die Steuerschraube wird immer weiter angezogen, die Ausplünderung, die Willkür, die Korruption, die Nagajka, das Bajonett und die blauen Bohnen aber sind bis zum heutigen Tage in Bessarabien an der Tagesordnung und vollenden diese Vernichtung und Zerstörung seiner Produktivkräfte.

Die rumänischen Bojaren, die das blühende Land auf diese Weise in die Daumenschrauben ihrer Ausplünderung gepreßt haben, konnten natürlich in einem Lande, das zu 80 Prozent von Bauern bevölkert ist und bereits drei Revolutionen durchgemacht hat, nicht um die *B o d e n f r a g e* herumkommen. Die rumänische Oligarchie hat denn auch dem zwangsläufigen Druck nachgegeben, unter dem sie der Landwirtschaft die Freiheit der bürgerlichen Entwicklung zugestehen mußte und hat aus Angst vor einer neuen revolutionären Erhebung der Bauernschaft beschlossen, sich dieser gegenüber auf „Konzessionen“ einzulassen bzw. hat durch das Parlament die sogenannte „Bodenreform“ durchgeführt. Die Bauernschaft Rumäniens, die gegen den gutsherrlichen und feudalen Grundbesitz kämpft und also in den Bahnen der bürgerlichen Entwicklung marschiert, forderte die Abschaffung des gutsherrlichen Grundbesitzes auf revolutionärem Wege, d. h. die sofortige Besitzergreifung der Ländereien, und zwar ohne jedwede Entschädigung.

Aus Angst vor einer radikalen Lösung der Bodenreform beschlossen die rumänischen Bojaren, zum Betrug zu greifen und die Forderungen der Bauern dem Scheine nach zu erfüllen. Geleitet von ihren Klasseninteressen, waren die Bojaren außerstande, den gutsherrlichen Grundbesitz restlos aufzugeben. Das Ergebnis des Kampfes dieser beiden grundverschiedenen Ten-

* 1 Lei = ungefähr 2 Pfennig.

denzen — dem Bestreben, den gutsherrlichen Grundbesitz aufrecht zu erhalten und gleichzeitig der Revolutionierung der Bauernschaft Einhalt zu gebieten, indem man den Bauern einen kleinen Fetzen Land vorwirft — war denn auch die sogenannte „Agrarreform“ Rumäniens, die im Jahre 1919 durch das Parlament zur Annahme gelangte.

Gemäß dieser „Reform“ darf der Bodenbesitz eines Bodeneigentümers in Bessarabien die Norm von 100 Hektar* nicht übersteigen. Der gesamte Grund und Boden, der diese Norm übersteigt, wird staatlich enteignet und unter die Bauern aufgeteilt. Die rumänischen Marodeure haben es aber verstanden, sogar dieses Kautschukgesetz, das den Zweck verfolgte, „sowohl die Wölfe zu sättigen als auch die Schafe zu hüten“, zu umgehen. Viele Gutsbesitzer, die formalrechtlich ihr Land unter ihre Familienmitglieder so aufteilten, daß auf den Anteil jedes einzelnen nicht mehr als 100 Hektar entfallen, haben faktisch ihren ganzen Grund und Boden behalten; man hat den Bauern Land abgetreten, das 100 bis 150 Werst weit von ihrem Dorfe entfernt lag, so daß sie meistens darauf verzichteten; ganze Dörfer wurden um die Landzuteilung unter dem Vorwand ihrer bolschewistischen Gesinnung usw. gebracht.

Nichtsdestoweniger geriet ein Teil des Landes an die Bauernschaft. Laut Angaben der bürgerlichen Zeitung „Argus“ haben 357 016 Eigentümer eine Gesamtfläche von 1 098 045 Hektar erhalten, d. h. im Durchschnitt entfällt auf das einzelne Anwesen etwa eine Bodenfläche von 3 Hektar; weitere 500 000 Bauern haben überhaupt kein Land zugeteilt erhalten. Leider besitzen wir keine Statistik darüber, welchen Prozentsatz unter diesen „Bauern“, die Land erhalten haben, die rumänischen Gutsbesitzer, Beamten, Polizeipräsidenten und Offiziere ausmachen.

Die Gutsbesitzer, die bis zur Reform 30 Prozent des gesamten Ackerbodens (3,5 Millionen Hektar) in ihrem Besitze hatten, besaßen nach der Reform immer noch 20 Prozent. Wenn die Bauernschaft bis zur Reform 55 Prozent des gesamten Grund und Bodens besaß, so ist die Fläche des Bauernlandes nach der Reform auf 66 Prozent gestiegen; und statt der durch die „Reform“ versprochenen 6 bis 8 Hektar, die auf den Bodeneigentümer entfallen sollten, hat man den Bauern im Durchschnitt nur 3 bis 4 Hektar gegeben. Ein erheblicher Prozentsatz des Bodens blieb in den Händen des Staates (13 Prozent vor und 14 Prozent nach der Bodenreform).

Es ist selbstverständlich, daß die Bauernschaft von einer solchen „Lösung“ der Bodenfrage nicht befriedigt sein konnte, da den Gutsbesitzern nach wie vor noch 20 Prozent des Ackerbodens verblieben sind, während das werktätige Element der Bauernschaft, entgegen den gegebenen Versprechungen, nur unbedeutende Fetzen Landes erhalten hat.

Die Reform verfolgt auch noch einen anderen wirtschaftlichen Zweck. Die Regierung, die den Großgrundbesitz zersplitterte und die enteigneten Bodenmengen unter die Bauern aufteilte, hat im Jahre 1924 einen freien Verkauf des aufgeteilten Grund und Bodens gestattet. Bei der systematischen Vernichtung des Landes und den alljährlichen Mißernten ist die arme Bauernschaft genötigt, nicht nur ihr armseliges Hab und Gut, sondern auch

* Im eigentlichen Rumänien ist die Norm bedeutend höher, und zwar beträgt sie 500 Hektar Land.

ihr Land zu verkaufen. Diese Erscheinung ist zu einer Massenerscheinung geworden, und die Bodenpreise sind überaus niedrige. Die Großbauern und Gutsbesitzer machen sich diesen Umstand zunutze und kaufen das Land zu einem Spottpreis auf.

Sogar das Bauernblatt „Bessarabskoje Slowo“ (das Organ der vereinigten Opposition) hat aus diesem Anlaß Alarm geschlagen. In der Nummer vom 20. August 1925 schrieb die Zeitung:

„Im Juli vorigen Jahres wurde offiziell erklärt, daß die Durchführung der Agrarreform in Bessarabien abgeschlossen sei. Seit diesem Zeitpunkt hat die Mobilisierung des Grund und Bodens, die freie Enteignung der Bodenanteile eingesetzt. Der Zeitpunkt war für die Bauern der denkbar ungünstigste . . . die Bodenpreise waren sehr niedrige . . . der enteignete Grund und Boden geriet in den meisten Fällen in die Hände des Großbauernelements auf dem flachen Lande, das manchmal überhaupt keinerlei Beziehung zur Landwirtschaft hat, sondern mit dem Grund und Boden und auf dem Rücken des geld- und landarmen Kleinbauernturns Spekulation betreibt. Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, wie gefährlich eine solche Lage ist. Sie bringt im Dorfe eine neue Schicht Landarmer, ja sogar landlose Proletarier hervor, die einfach nicht mehr wissen, was sie anfangen sollen.“*

Die Bodenfrage in Bessarabien ist somit nicht gelöst, die „Reform“ führt vielmehr faktisch dazu, daß der Grund und Boden an seine früheren Eigentümer bzw. an die Neureichen des Dorfes zurückgegeben, die soziale Differenzierung des flachen Landes noch rascher vorwärtsgetrieben und der Eintritt des Augenblicks der revolutionären Lösung der Bodenfrage beschleunigt wird. Es überrascht also nicht, daß die bessarabischen Zeitungen begonnen haben, Tag für Tag von der wirtschaftlichen Krise in Bessarabien, von der aussichtslosen Lage, von dem Schrecken des immer mehr zunehmenden Hungers zu schreiben und der Regierung vorzuwerfen, daß sie nicht oder nur verschwindend wenig tut, um der Landwirtschaft zu helfen.

Dieser Verfall wurde noch schlimmer durch die allgemeine Hungersnot des Jahres 1925.

Die durch die Okkupation und die Plünderung seitens der rumänischen Verwaltungsbehörden ruinierte Landwirtschaft war natürlich außerstande, der eingetretenen Mißernte und dem Hunger irgendwie Widerstand zu leisten:

„Viele Familien (heißt es in derselben Zeitung vom 19. Dezember 1925) haben ihr Vieh, ihre Pferde und das sonstige lebende Inventar verkauft, da sie nichts mehr hatten, um das Vieh zu füttern, und da die Bauern selbst bereits begonnen haben, sich sehr schlecht zu ernähren, und zwar ausschließlich von Mamalyga**, das noch dazu von schlechter Qualität ist, weil der Mais in diesem Jahre schlecht ausgefallen ist.

Es gibt nicht wenige Familien, die nur einmal am Tage Mamalyga essen und ihre Ernährung durch Früchte, Melonen ergänzen. Die Folgen davon sind dann Typhus und Ruhr.

Diese Erscheinung hat bei uns in Bessarabien geradezu unglaublich um sich gegriffen und bedeutet das Herannahen des Hungers mit allen seinen Folgen***.

Obendrein wird von den Bauern auch noch gefordert, daß sie das Getreide, das man ihnen auf Grund des gegebenen Versprechens bis zur neuen Ernte zur Verfügung stellte, jetzt schon bezahlen.

* Vom Verfasser des Artikels im „Bessarabskoje Slowo“ hervorgehoben.

** == gekochtes Maisbrot.

*** Von uns gesperrt. P. A.

Das Getreide wurde den Bauern (durch die Regierung, P. A.) zu Wucherpreisen verkauft; das Sommergetreide war zur Hälfte mit Wintergetreide vermengt und außerdem war es bis zu 25 Prozent verunreinigt. Viele Bauern weigerten sich, das Getreide zu derart hohen Preisen zu nehmen und bedauern jetzt nicht, daß sie so gehandelt haben, obwohl sie dabei ihre Felder unbestellt lassen mußten. Jene dagegen, die gehofft hatten, daß sie das Getreide, entsprechend der gegebenen Zusage, in Ratenzahlungen abtragen können, wissen jetzt, nachdem sie das Getreide genommen haben, nicht, wie sie aus der geschaffenen Lage herauskommen sollen, denn im Falle der Nichtbezahlung werden sie vom Gericht bedroht.

Das Unglück naht von allen Seiten und es bleibt nichts anderes übrig, als den furchtbaren Ruin der Bauern zu konstatieren.

Die Bauern schlagen ihr Hausgerät los, führen ihr Vieh weg und schleppen ihr letztes Hab und Gut nach der Stadt zum Verkauf, wo sie es natürlich zu Spottpreisen absetzen müssen, da auch dort das Gesetz von Angebot und Nachfrage den Aufkäufer begünstigt.“

Welchen Ausweg sieht nun die bessarabische Bourgeoisie aus dieser Lage? Das Blatt „Bessarabskoje Slowo“ schreibt am 9. März 1926:

„ . . . Das wirtschaftliche Absterben Bessarabiens ist in erheblichem Grade darauf zurückzuführen, daß im Osten eine unüberwindliche Wand steht, durch die wir nun bereits neun Jahre abgeschlossen werden. Bessarabien ist arm an Eisenbahnen und Chausseen. Was es dadurch verloren hat, hat es früher wieder hereingebracht durch den Transport auf dem Dnjestr und zum Teil auf dem Prut. Das gesamte Dnjestrgebiet stützte sich auf den Odessaer Hafen, der vorwiegend durch die Ausfuhr des bessarabischen Getreides und anderer auf dem Wasserwege beförderten Erzeugnisse zu seiner Blüte gelangt ist.

. . . Aus vielen Gründen ist es für Bessarabien vorteilhaft, sich neben Galatz auch auf Odessa zu stützen, da Odessa näher liegt und da Bessarabien dort nicht auf gleichartige Ausfuhrprodukte stößt . . . Bessarabien muß aus der wirtschaftlichen Sackgasse herausgeführt werden.“

Sogar die rumänischen Regierungskreise sind manchmal genötigt, den Verfallzustand der bessarabischen Wirtschaft zuzugeben. U. a. führte der bessarabische Minister der Regierung Averescu, S. Nitza, im März vorigen Jahres (siehe „Adverul“ vom 16. März 1926) in einem Interview über die bessarabische Frage aus, daß

„die schwere Wirtschaftskrise, die Bessarabien zerfrißt, dadurch hervorgerufen wird, daß Bessarabien keine Handelsbeziehungen zur USSR hat.“

Angesichts der eingetretenen Lage hat eine regelrechte Flucht der Mittelbauern und der armen Bauern aus Bessarabien eingesetzt. Sie flüchten über den Dnjestr nach Sowjetmoldau, nach der USSR und wandern überall hin aus, wohin sie nur können, wobei sie ihren einzigen Trost in dem Bewußtsein finden, daß es ihnen nirgends mehr schlechter gehen kann als unter dem Militärstiefel des rumänischen Gendarmen in Bessarabien.

Auf diesem Boden ist es dazu gekommen, daß in Bessarabien ein regelrechtes **P a n a m a** für die **A u s w a n d e r u n g** der bessarabischen Bevölkerung nach Brasilien entstehen konnte.

Es haben sich Dampfergesellschaften aus Spekulanten gebildet, die zusammen mit einem Erpresser- und Abenteuerergesindel die Aufgabe übernommen haben, nach Brasilien die entsprechende Anzahl von Arbeitskräften für seine Farmer zu liefern. Wer fährt nach Brasilien? Natürlich nur jene, denen es schlecht geht und die am Rande des Abgrundes stehen. Die brasilianischen Abenteuerer haben vernommen, daß in dem bessarabischen Winkel die werktätigen Massen unter ihrem Elend stöhnen. Die verführerischen Worte der durchtriebenen Agenten der Dampfergesellschaften haben die zusammenbrechenden Bauern Bessarabiens sofort für sich eingenom-

men. So lesen wir z. B. im „Bessarabskoje Slowo“ vom 23. März 1926 folgendes:

„Die Emigrationsagenten arbeiten mit Hochdruck. Diese Auswanderungsagenten haben es verstanden, das Unglück der Bauern für sich auszunutzen und im bessarabischen Dorfe einen Hang zur Auswanderung über dem Ozean entstehen zu lassen.

Im Süden Bessarabiens wird ein Hektar Boden unter 2000 Lei (d. h. also unter 20 Rubel) verkauft. Die vom Auswanderungsfieber ergriffenen Bauern wenden sich an die Stadtbewohner und bieten ihnen ihren Boden zum Kaufe an. Es ist vorgekommen, daß sich ein Bauer bereit erklärte, 20 Hektar bebautes Land für 45 000 Lei herzugeben. Unter diesen Verhältnissen wird der verschleuderte Grund und Boden unvermeidlich in die Klauen der Großbauern auf dem flachen Lande und der städtischen Wucherer geraten.

Die brasilianische Regierung begünstigt die Ansiedlung kinderreicher Familien. Auf diesem Boden hat sich ein regelrechter Kinderhandel entwickelt: Kinderreiche Familien, die noch nicht von dem Auswanderungsfieber angesteckt sind, verkaufen ihre Kinder an Abreisende. So z. B. wurde in dem Dorf Kulefscha ein Fall registriert, in dem zwei Kinder für 9000 Lei verkauft worden sind.

Die Bukarester Zeitung „Coriutul“ hat recht, wenn sie die Regierung für die Verödung des flachen Landes verantwortlich macht. Denn die Flucht der Einwohner ganzer Dörfer ist nichts anderes als ein Veröden des flachen Landes.“

Auf Grund der Angaben des Organs des rumänischen Arbeitsministeriums, „Bulletin der Arbeit“, sind 1924 aus Bessarabien 1450 Menschen und im Jahre 1925 bereits 12 241 legal ausgewandert, während aus dem alten Rumänien insgesamt lediglich 597 Personen auswanderten. Illegal aber flüchteten die Leute aus Bessarabien alljährlich zu Zehntausenden. Aus den letzten Nachrichten geht hervor, daß die rumänischen Machthaber vor dieser Emigrationswelle selber Angst bekommen und deshalb beschlossen haben, den Verkauf von Grund und Boden zu verbieten, um auf diese Weise die Auswanderung aufzuhalten. Aber das ist nur eine formelle Maßnahme zur Beruhigung der „öffentlichen“ Gesellschaftskreise Bessarabiens.

In Wirklichkeit brauchen die bessarabischen Gutsbesitzer und Großbauern Land, aber keine unruhige Bauernschaft. Infolge der Auswanderung erreichen sie zwei Ziele: sie werden den armen Bauern los, während sie gleichzeitig sein Land zurückerhalten.

So drehen und wenden sich die unterdrückten Massen Bessarabiens von einer Seite zur anderen, um das ihnen verhaßte rumänische Bojarenregime möglichst weit hinter sich zu lassen. Aus einer Sklaverei (der rumänischen) flüchteten sie in eine andere (in die brasilianische).

II.

Die Lage im Lande wird noch weiter verschlimmert durch das nationale und politische Regime der rumänischen Imperialisten.

Als ein von den imperialistischen Großmächten ausgebeutetes imperialistisches Land, hat Rumänien neben der wirtschaftlichen Fledderei und Ausplünderung in Bessarabien auch die nationale Unterdrückung eingeführt.

Die Bevölkerung Bessarabiens, die sich aus mehr als 14 Nationalitäten zusammensetzt, ist den Rumänen fremd. Sogar die Moldauer (47 Prozent der gesamten Bevölkerung), die zusammen mit den Rumänen ihren geschichtlichen Ursprung auf die Zeiten des römischen Reiches zurückführen, stellen

gegenwärtig, infolge der anders gelagerten geschichtlichen Entwicklung* hinsichtlich ihrer nationalen Kultur, die sich von der rumänischen Kultur unterscheidet, eine autarke Völkerschaft dar. Zwischen den Rumänen und den Moldauern als Nation ist im allgemeinen der gleiche Unterschied wie zwischen den Russen und den Ukrainern.

Dabei aber hat die rumänische Oligarchie mit der Bezeichnung Moldauer unter der bessarabischen Bevölkerung vollkommen aufgeräumt und hält diese für „unkultivierte Rumänen“, die Rumänen dagegen, von denen man bis zur Besetzung in Bessarabien nichts wußte, werden von den rumänischen Eroberern „kultivierte Moldauer“ genannt.

Die nationale Politik Rumäniens steht im Zeichen der absoluten Rumänisierung Bessarabiens, des allerversessensten Chauvinismus und Nationalismus. Die nationalen Minderheiten werden verfolgt. Ganz besonderem Hohn sind die Juden ausgesetzt. Unter Duldung der Polizei veranstalten die faschistischen Abteilungen in den Städten Rumäniens und in Bessarabien regelrechte J u d e n p o g r o m e unter der Führung des antisemitischen Pogromhetzers Professor A. Cusa (Bukarest, Jassy, Kischinew u. a.). Besonders empörend sind die letzten Pogrome in Kischinew, die den energischen Protest der Werktätigen der Sowjetunion und Europas ausgelöst haben.

Sämtliche Schulen der nationalen Minderheiten wurden geschlossen, und in den rumänisierten Schulen darf nur rumänisch gesprochen werden. Für die Schüler wurde ein regelrechtes Polizeiregime errichtet; nach Anbruch der Dunkelheit ist ihnen das Betreten der Straße verboten. Die Polizei hat Befehl, das Verhalten der Schüler zu überwachen. Der Haß gegen die Rumänen geht so weit, daß viele Familien, besonders moldauische, sich weigern, ihre Kinder in die rumänisierten Schulen zu schicken und es (da es keine anderen Schulen gibt) vorziehen, die Kinder überhaupt nicht unterrichten zu lassen.

Um in Bessarabien die Mannigfaltigkeit der Nationalitäten endgültig „auszulöschen“ und dem Lande äußerlich den Anstrich einer „rumänischen“ Provinz zu verleihen, hat die rumänische Oligarchie zu einer neuen Verwaltungseinteilung Bessarabiens gegriffen. Die Bezeichnung „Bessarabien“ wurde abgeschafft und das Gebiet Bessarabiens in mehrere Teile zerlegt, von denen jeder zu dem jeweils anliegenden Teil des alten Rumänien gehört und mit diesem einen Kreis (Rayon) bildet. Jeder dieser Kreise wurde so abgezirkelt, daß die Mehrheit seiner Bevölkerung aus Rumänen besteht. So z. B. gehört Südbessarabien zu dem Kreis mit dem Zentrum Galatz, Nordbessarabien zu dem Kreis mit dem Zentrum Jassy usw. Das ist der Grund, warum die Nationalitäten Bessarabiens mit großer Befriedigung auf die autonome sozialistische Sowjetrepublik Moldauen, jenseits des Dnjestr, blicken, wo die Moldauer volle Freiheit für ihren nationalen und kulturellen Aufbau erhalten haben.

* Bessarabien befand sich über 100 Jahre unter dem Einfluß der russischen Kultur, während Rumänien unter dem Einfluß der französischen Kultur stand. Aber auch schon früher gingen die Entwicklungswege der Moldauer und der Rumänen mehrere Jahrhunderte hindurch auseinander.

Das politische Regime, das die rumänische Oligarchie in dem besetzten Bessarabien seit neun Jahren aufrecht erhält, spottet jeder Beschreibung. Die rumänische Bourgeoisie bezeichnet das heutige Rumänien als das demokratischste Land. In Wirklichkeit aber gibt es in Rumänien ebenso wie in Bessarabien weder Versammlungsfreiheit noch Freiheit des Wortes, der Presse, noch ein Koalitionsrecht usw. Die Kommunistische Partei wurde in die tiefste Illegalität gedrängt. Die aus vielen Nationalitäten zusammengewürfelte Bevölkerung Bessarabiens wird im buchstäblichen Sinne dieses Wortes inquisitorischen Folterungen ausgesetzt, und häufig, auf einen einfachen Verdacht hin, in Massen fusiliert. Man stößt den Verhafteten Nadeln unter die Fingernägel, klemmt ihnen die Daumen zwischen Tür und Angel ein, bricht ihnen die Knochen, preßt ihnen glühende Kugeln unter die Achseln, röstet sie bei lebendigem Leibe, gibt ihnen Schläge auf die Sohlen und läßt die Gefolterten und Gemarterten nicht nur ohne Nahrung, sondern auch ohne Wasser, beschmiert ihnen Zunge und Lippen mit salziger Flüssigkeit, um ihre Durstqualen noch zu erhöhen, hängt sie mit nach rückwärts gebundenen Armen auf, beschießt bevölkerte Orte mit Artilleriefeuer und brennt ganze Dörfer und Siedlungen nieder usw. usw., ganz zu schweigen von den üblichen Schlägen und Prügeln, nach denen, wie die Bauern und Arbeiter selbst erzählen, „das Blut in Eimern hinausgetragen wird“, und nach denen selbst die rumänische Geheimpolizei („Siguranza“) genötigt ist, die Opfer auf zwei bis drei Monate in das Gefängniskrankenhaus zu bringen. Das ist das Bild des weißen Terrors in Bessarabien.

Es überrascht also nicht, daß sich immer öfter Proteststimmen gegen das jetzige Regime der rumänischen Räuber erheben, Stimmen, die sogar aus bürgerlichen Kreisen Rumäniens kommen. Der national-zaranistische Abgeordnete Johannicescu schrieb in der Zeitung „Aurora“ vom 2. Januar dieses Jahres aus Anlaß einer Betrachtung über die Ergebnisse des Jahres 1926 folgendes:

„Dieses Jahr hat Rumänien um 10 Jahre zurückgeworfen. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung wurde der Stimmenraub legalisiert. Die in Rumänien herrschende Partei Averescu — ist die Partei des Verrats und der Bösewichte. 80 Prozent des Staatsbudgets lasten auf den Schultern der Bauern und Arbeiter. Das einfachste Nahrungsmittel der Armen wird neu besteuert.“

Zum Zweck der politischen Verfolgung der Arbeiter und Bauern nimmt die Regierung ihre Zuflucht nicht nur zum Staatsapparat (zur Gendarmerie und zur Siguranza), sondern auch zu den außerstaatlichen faschistischen Organisationen. Die Regierung tut alles, um alle faschistischen Banden Rumäniens zu einer einzigen Pogromorganisation, der sogenannten „Christlichen Liga der Volksverteidigung“, zusammenzufassen.

Erschießungen und Folterungen — Folterungen und Erschießungen, das ist das Bild jenes Lebens, zu dem die Werktätigen in Bessarabien verdammt sind.

Das rumänische oppositionelle Blatt „Zaranismul“ veröffentlichte am 18. Dezember 1924 folgende Angaben:

In Bessarabien wurden nachstehende Morde durch die rumänischen Besatzungstruppen vollzogen:

Im Jahre 1918	3 000 Staatsbürger
„ „ 1919 (Aufstand von Chotinsk)	11 000 „
„ „ 1920 (u. a. 17 Lehrer)	80 „
„ „ 1921	30 „
„ „ 1922	55 „
„ „ 1923 (u. a. 3 Lehrer)	49 „
„ „ 1924 (Aufstand von Tatarbunar)	1 300 „
<u>Insgesamt: 15 514 Staatsbürger</u>	

Unter den Opfern des inquisitorischen Terrors waren die besten Vorkämpfer um die Freiheit der Werktätigen Bessarabiens. Es sind in dieser Zeit der Besatzung die Genossen Brofmann, Molotow (Weinberg), Tamara Krutschok, Kislowsky, Kirilow, Zarkogorodsky, Oreol und Dutzende andere, der Sache ergebene revolutionäre Kommunisten von Henkershand gefallen.

Der letzte niederträchtige Akt der rumänischen Siguranza war die im Jahre 1926 erfolgte Ermordung des hervorragenden Kämpfers um die proletarische Revolution in Rumänien und Bessarabien, des Genossen Pawel Tkatschenko. Genosse Tkatschenko war ein Pionier der Vereinigung der bessarabischen und rumänischen Bewegung. Die rumänische Oligarchie, die Tkatschenko meuchlings ermordete, hat versucht, auf diese Weise die revolutionäre Welle, die Pawel Tkatschenko emporgetragen hatte, politisch niederzuschlagen. Die Tatsachen aber haben mehr als einmal bewiesen, daß die Ermordung und Beseitigung einzelner Personen den geschichtlichen Verlauf der Ereignisse nicht aufzuhalten vermögen. Die rumänischen bürgerlichen Idioten sind die einzigen, die das nicht begreifen.

Die Helden, die umkommen, werden von neuen abgelöst, die aus der Masse emporsteigen. Ungeachtet des erschreckenden Regimes läßt die revolutionäre Bewegung in Bessarabien nicht nach.

Die wirtschaftliche, nationale und politische Unterdrückung facht unaufhörlich neue Aufstände in Bessarabien an. Die bedeutendsten davon waren unter anderen der Aufstand von Chotinsk im Jahre 1919 und der Aufstand von Tatarbunar im Jahre 1924. Während der Aufstand von Chotinsk eine Massenreaktion gegen die Okkupation war, stand die Bewegung von Tatarbunar bereits im Zeichen der Parole: „Alle Macht den Räten.“

Auf Grund der Angaben des rumänischen Kriegsministeriums sind allein in den Jahren 1921 bis 1924 folgende revolutionäre Aktionen in Bessarabien zu verzeichnen gewesen:

Im Jahre 1921 (in den letzten 3 Monaten)	22 Aktionen
„ „ 1922	52 „
„ „ 1923	46 „
„ „ 1924 (bis zum Oktober)	35 „
<u>Insgesamt: 155 Aktionen</u>	

Besondere Ausdehnung nahm der Aufstand im Süden Bessarabiens, im Rayon von Tatarbunar, 1924 an. Der Prozeß gegen die Bauern von Tatarbunar (der Prozeß der „500“) hat dank der Kampagne der IRH sowie der Vereinigung der Bessarabier in der USSR und im Auslande, der ganzen Welt die wirkliche wirtschaftliche und politische Lage aufgedeckt, die in Bessarabien seit der Errichtung der Blutherrschaft der rumänischen Oligarchie

herrscht. Der Prozeß der „500“ hat der rumänischen Bojarenherrschaft die lügnerische und heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen und hat für ganz Westeuropa die wirklichen Bestrebungen der werktätigen Massen Bessarabiens, ohne Unterschied ihrer Nationalität, erkennen lassen. Die Kampagne gegen den Prozeß von Tatarbunar hat den rumänischen Henkern Angst eingejagt, so daß nach einer dreimonatigen Gerichtskomödie im Militärgefängnis von Kischinew über 200 Beteiligte freigesprochen wurden.

Der Aufstand von Tatarbunar hat die Klassen- und nationalen Gegensätze in Bessarabien, die im Zusammenhang mit seiner gewaltsamen Okkupation entstanden sind und die die Herrschaft der Oligarchie nicht nur in Bessarabien selbst, sondern auch in Rumänien unterhöhlen, mit aller Deutlichkeit erkennen lassen. Der Prozeß von Tatarbunar zeigte unverkennbar das Wachstum der von der Bourgeoisie gefürchteten Kräfte — den zunehmenden Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern und ihre Bereitschaft, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben, um die Sowjetmacht zu errichten. Durch den Aufstand von Tatarbunar und den Prozeß der „500“ ist objektiv die Stunde der Befreiung Bessarabiens nähergerückt worden.

Unter dem furchtbaren Alpdruck der rumänischen Inquisition, ihrer Marodeure und Henker, die die werktätige Bevölkerung Bessarabiens niederhalten, erstarken und sammeln sich somit immer neue und neue Kräfte: die Kräfte der nationalen Empörung gegen die fremdländische Herrschaft und die Kräfte des Klassenhasses gegen die bürgerliche Bojarengewalt. Gleichzeitig damit wachsen und erstarken die Bande der Solidarität der Arbeiter und Bauern Bessarabiens mit den Werktätigen Rumäniens.

Und je schwerer der Druck der rumänischen Inquisitoren, desto mächtiger wächst die Widerstandskraft der werktätigen Massen.

A. LISS:

AMSTERDAM — GEGEN DIE EINHEIT

Die wichtigste Frage der Tagesordnung der letzten Tagung des EK der Amsterdamer Internationale (12., 13. Januar 1927) war der Antrag der englischen Delegation über Einberufung einer Konferenz mit den sowjet-russischen Gewerkschaften ohne jegliche Vorbedingungen.

Für die Einberufung der Konferenz sprach im Namen des Generalrats der englischen Gewerkschaften sein Vorsitzender, George Hicks.

Wie bekannt ist, wurde keine Diskussion zugelassen. Nachdem Hicks geendet, trat Stenhuis auf und erklärte, „die Frage sei in den vorhergehenden Sitzungen erschöpft und eine weitere Diskussion hätte nicht den geringsten Sinn“ („Manchester Guardian“, 14. 1. 1927). Dieselbe Zeitung teilt mit, daß dieses schroffe Vorgehen augenscheinlich einen unangenehmen Eindruck auf die Engländer gemacht hat, die der Ansicht waren, eine Resolution könne nicht mit solchen rigorosen Methoden durchgepeitscht werden. Hicks und

Citrin äußerten ihren Unwillen jedoch nur darüber, daß bei der Erörterung der Frage nicht die erforderlichen Anstandsregeln gewahrt wurden. Hicks erklärte, es sei dies als eine verächtliche Geste gegenüber der englischen Gewerkschaftsbewegung aufzufassen. Nicht die Ablehnung des englischen Antrags war es, die Citrin betrübte, — „die Ablehnung des englischen Antrags kam nicht so ganz unerwartet“ — erklärte er, gleichsam als Aufmunterung der Mehrheit des EK. Das Unangenehmste war für ihn der Umstand, daß „eine Tendenz entsteht, diesen Beschluß als das Ergebnis der Bestrebung zu betrachten, eine der größten, Amsterdam angeschlossenen Organisationen (d. h. die englische) von oben herab zu behandeln“.

Trotz dieser Erklärungen wurde die Diskussion über die englische Resolution mit neun gegen acht Stimmen geschlossen, die Resolution selbst fiel mit 12 gegen 6 Stimmen durch.

Hier der Text dieser Resolution:

„Mit Rücksicht auf den mehrfach geäußerten ernstlichen Wunsch des Britischen Trade Unions-Kongresses, sowie angesichts der dringenden Notwendigkeit der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung erklärt sich das EK des Internationalen Gewerkschaftsbundes einverstanden mit der Einberufung — ohne etwaige Vorbedingungen — einer Konferenz der Vertreter beider Seiten, wobei die Zusammensetzung der Konferenz auf Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) und des Obersten Zentralen Gewerkschaftsrates der Sowjetunion beschränkt wird.“

Für die Resolution stimmten: Purcell, George Hicks, Edo Fimmen, Brown, Dürr (Schweiz) und Payerle (Tschechoslowakei). In derjenigen Gruppe innerhalb Amsterdams, die bisher die Engländer unterstützte, haben einige Veränderungen stattgefunden: Der Vertreter der dänischen Gewerkschaften und der Vertreter der Internationalen Sekretariate, Smith, haben die Engländer verlassen, diese aber haben zwei neue Anhänger gewonnen — die Vertreter der Schweiz und der Tschechoslowakei.

Charakteristisch ist für diese Sitzung des Amsterdamer EK's folgendes:

1. der englische Antrag trug einen rein formellen Charakter;
2. die Ablehnung einer Verbindung mit den sowjetrussischen Gewerkschaften war bereits im voraus entschieden;
3. Amsterdam offenbart unzweideutig und zynisch sein eigentliches Wesen.

Der formelle Charakter des englischen Antrags wird besonders vom „Vorwärts“ stark betont:

„Die englischen Gewerkschaften haben ihr Versprechen gegenüber Moskau eingelöst und in der heutigen Tagung des EK der Amsterdamer Internationale erneut einen Antrag auf Einberufung einer „Internationalen Konferenz“ gestellt.“

Die Engländer haben darum gebeten — wie hätte man es ihnen auch abschlagen können? So ungefähr lauten die Erklärungen der „Manchester Guardian“ und auch der „Times“. Man tat den Engländern ihren Willen, ihr Antrag kam zur Abstimmung — was will man also mehr? Hätte denn jemand ernstlich erwarten können, die Amsterdamer Internationale würde diesmal zugunsten der Einheit entscheiden?

„Es ist kaum zu erwarten, daß die Feindseligkeit, welche die meisten europäischen Gewerkschaften einer jeden Beratung mit den sowjetrussischen Gewerkschaften entgegenbringen, von den morgigen Debatten abgeschwächt sein wird“ — schreibt die „Manchester Guardian“ am Vorabend der Sitzung.

Am nächsten Tage kann der Korrespondent der „Manchester Guardian“,

der den reformistischen Kreisen nahezustehen scheint, bereits konkretere Mitteilungen über die Stellungnahme der Engländer und Amsterdams machen.

„In Amsterdam wurde angenommen, daß nichts mehr die englischen Gewerkschaften den russischen in die Arme zu werfen vermag — wie dies vor zwölf Monaten der Fall sein konnte — und daß die Engländer nicht sowohl aus Gründen der inneren Ueberzeugung als aus dem Gefühl der Beständigkeit ihren Antrag stellen.“

Die rechten Amsterdamer Führer waren sich über die Lage der englischen Delegation vollkommen klar. Erst kürzlich ist der englische Streik zu Ende gegangen, der unter anderem das Ergebnis gehabt hat, die wirkliche Disposition der Kräfte klarzulegen. Dabei stellte es sich heraus, daß Purcell, Hicks und Brown bei weitem nicht auf dem linken Flügel der Gewerkschaftsbewegung stehen. Heute, nach einem großen geschichtlichen Ereignis, in dessen Verlauf jeder Führer die praktische Feuerprobe zu bestehen hatte, ist es nicht mehr möglich, mit Redensarten über internationale Einheit um sich zu werfen, zu Hause aber, in England, den Willen der Bourgeoisie zu tun, und z. B. die Bergarbeiter zu verurteilen, wie es am 20. Januar in der Sitzung der Konferenz der Trade-Unions-EK der Fall gewesen ist. Unzweifelhaft besteht zwischen dem Interview mit Citrin am 7. Januar („Daily Herald“), der Sitzung des Amsterdamer EK am 12., 13. Januar und der Konferenz der englischen Gewerkschafts-EK's, zwischen diesen Ereignissen im reformistischen Lager ein innerer Zusammenhang. Amsterdam braucht die „linken“ Redensarten Purcells und Hicks' nicht mehr zu fürchten, es hat in der Person von Thomas, Klynes und Hodges eine feste Stütze gefunden, Purcell und Hicks dienen dieser Stütze als „linke“ Maske. In holder Eintracht, mit größerer oder geringerer Keuschheit werden sie den Willen der Bourgeoisie vollstrecken. Die allgemeine Offensive Amsterdams findet aber ihre Erklärung in der heutigen Teilstabilisierung des Kapitalismus. Amsterdam ist nichts anderes als ein Schatten des Kapitalismus. Andererseits aber — je größer die Differenzierung des Klassenkampfes, je schärfer die Zusammenstöße der einzelnen proletarischen Truppenteile mit den Kapitalisten der einzelnen Länder, um so aktiver auch der Polarisationsprozeß der Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse und ihrer Führerschaft.

Was nun? Auf diese Frage gibt die „Times“ folgende Antwort:

„Es sind drei Wege möglich. Der Generalrat kann natürlich diese Frage ganz beiseite schieben, indem er sich sagt, er habe bereits dreimal nacheinander im Laufe von zehn Jahren (?) in der denkbar energischsten Weise der Amsterdamer Internationale Vorstellungen gemacht, jedoch auf die in den europäischen Gewerkschaften tief eingewurzelte Antipathie gegenüber kommunistischen Prinzipien und Handlungen keinerlei Einfluß ausgeübt.

Das Fehlen jeglicher Hoffnung auf Erfolg für den britischen Standpunkt ist dem Generalrat vollkommen klar. Immerhin wird er es vielleicht für erforderlich halten, darüber ein endgültiges Urteil des Internationalen Gewerkschaftsbundes als der höchsten Autorität herbeizuführen.

Endlich kann der Generalrat auch seinen ehemaligen Antrag auf eigenmächtige Einberufung der Konferenz verwirklichen.“

Am wahrscheinlichsten wird wohl der Generalrat — meint die „Times“ — die Frage auf dem nächsten Kongreß des IGB, der August 1927 stattfinden wird, zur Diskussion stellen und dort wird „ein Beschluß gefaßt werden, der als endgültig zu betrachten ist“. Wie die „Times“ meint, wird der Generalrat wohl kaum eigenmächtig eine Konferenz einberufen, denn

„angesichts der fast einmütigen Opposition aller übrigen, dem IGB angeschlossenen Gewerkschaftszentralen würde diese Handlungsweise eine solche entschiedene Ab-

lehnung erfahren, daß selbst die stärkste aller Gewerkschaftsbewegungen ihr nicht furchtlos ins Auge zu blicken vermöchte. Man kann mit Sicherheit behaupten, der britische Generalrat werde nicht in einer Weise handeln, die seine Lage in der Amsterdamer Internationale aufs äußerste erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen würde.“

Der Generalrat wird seine Position nicht riskieren wollen und daher ist die „Frage der organischen Vereinigung der Amsterdamer und der russischen Gewerkschaften in Wirklichkeit eine tote Frage“ („Times“, 15. Januar.)

Diese Gedankengänge der „Times“ wird sich der Generalrat zur Richtschnur nehmen. Wohl möchte die „Times“ gerne, außer dem Bruch zwischen den englischen Trade Unions und den sowjetrussischen Gewerkschaften auch eine vollständige Isolierung der Gewerkschaftsbewegung der Sowjetunion von der Weltgewerkschaftsbewegung sehen. Doch die Rechnung ist ohne den Wirt gemacht. Selbstverständlich handelt es sich nicht um die „organische Vereinigung Amsterdams und der russischen Gewerkschaften“. Wenn aber die heutigen Führer die internationale Einheit hintertreiben, so heißt das nicht, daß sie den Standpunkt der Arbeiterklasse in irgendeinem Maße richtig wiedergeben. Tausende von Tatsachen beweisen das genaue Gegenteil davon, und die Wandlungen, die uns die nächste Zukunft bescheren kann, sind lange nicht nach dem Geschmack der „Times“. Selbst wenn der August-Kongreß Amsterdams seinen Willen gegen die Einheit wiederum bestätigt, so bedeutet es noch lange keine „endgültige“ Lösung der Frage. Sie ist ebensowenig „endgültig“, wie wenn der englische Generalrat heute einen Beschluß fassen würde, „endgültig“ auf die Methode des Generalstreiks zu verzichten.

Noch ein Charakterzug dieser bemerkenswerten Sitzung ist hervorzuheben. Bei der Begründung seines Antrages erklärte Hicks:

„Den internationalen Kriegen kann nicht vorgebeugt werden, wenn die Einheit nicht zustande kommt“ (unterstrichen vom Verfasser A. L.).

Dies war einer der Hauptgründe, die von der englischen Delegation zugunsten der Notwendigkeit der Einberufung der Konferenz vorgebracht wurden. Heute, wo wir Zeugen unaufhörlicher Kriegsmachinationen und Kriegsrüstungen seitens des reaktionären Englands im Fernen Osten (China) und in den Randstaaten sind, ist es von besonderer Wichtigkeit, die Möglichkeit eines Krieges im Auge zu behalten. Auf wessen Seite steht Amsterdam?

Ganz richtig wird die Stellungnahme Amsterdams in dieser Frage von der „Roten Fahne“ zusammengefaßt:

„Die Mehrheit der heutigen Führer der Amsterdamer Internationale haben sich durch ihren Beschluß auf die Seite der Verteidigung des imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland gestellt.“

A L. B A D U L E S K U

A M S T E R D A M U N D P O L I Z E I

Es sind schon mehr als drei Jahre vergangen, seitdem die Gewerkschaftsbewegung Rumäniens von den Amsterdamern auf dem damaligen Kongreß in Kluj mit Hilfe der Polizei gespalten wurde. Obwohl die Sozialdemokratie Rumäniens jetzt den Zynismus hat, zu behaupten, daß „die Spaltung der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung des Landes“ genützt habe, hat diese Spaltung in Wirklichkeit jeden ernststen Kampf gegen die Kapitaloffensive unmöglich gemacht; die Arbeiterschaft wird zur Zeit ökonomisch und politisch derart unterdrückt und ausgebeutet, daß im Kampfe gegen die administrative Willkür, die bis zum blutigen Terror geht, die ganze Arbeiterschaft Rumäniens die Gewerkschaftseinheit verlangt.

Diesem Schrei der klassenbewußten Arbeiter mußten auch die Sozialdemokraten Rumäniens Rechnung tragen. Sie begannen also die Offensive mit dem Hintergedanken, die Einheit zu verhindern, d. h. eine Einheit im Sinne des revolutionären Klassenkampfes zu ersetzen durch eine Einheit der Untätigkeit, des Bürokratismus, der Klassenversöhnung im Sinne Amsterdams. Für eine solche Offensive war die gegenwärtige Lage in Rumänien sehr günstig, um so mehr, als die Vorposten Amsterdams in Rumänien zu allen Zeiten mit der direkten Hilfe der Regierung, der Polizei und der gesamten bürgerlichen Presse rechnen können. Unter den jetzigen Verhältnissen, wo in Rumänien jeder Terrorakt der Bourgeoisie legalisiert wird, wo dem Faschismus alle Türen geöffnet werden und die Kriegsrüstungen fieberhaft vor sich gehen, kann man sich auch den Spaß erlauben, die „Gewerkschaftseinheit“ durch den „Anschluß“ an Amsterdam und durch den Ausschluß aller revolutionären Elemente, in erster Reihe der bekannten Kommunisten, aus den Gewerkschaften durchzuführen.

Man muß zugeben, daß dieses Manöver der Reformisten Rumäniens teilweise gelungen ist. Durch den ununterbrochenen Terror in Angst versetzt, haben sich einige schwankende Führer der unitären Gewerkschaften bereit erklärt, nach Amsterdam zu gehen, und haben es auch erreicht, daß auf dem Kongreß dieser Gewerkschaften, der dieser Tage in Sibin stattfinden sollte, auch die Frage des Anschlusses an die Amsterdamer Internationale auf die Tagesordnung gestellt wurde. Die Freude der Sozialdemokraten und der ganzen Bourgeoisie ohne Parteiunterschied war sehr groß, man sah schon den Anschluß als vollzogen an, man glaubte bereits an die Herrschaft der sozialdemokratischen Ideologie in den Gewerkschaften, man atmete schon auf — mit der revolutionären Arbeiterbewegung sollte es schon endlich zu Ende sein! Man rechnete aber nicht mit den Arbeitermassen, die vor Amsterdam einen Abscheu haben und die aus den eigenen schweren Kampferfahrungen der letzten Jahre die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es nicht auf die formelle Einheit, sondern auf die Einheit im Zeichen des Kampfes ankommt, auf Grund eines wirklichen Aktionsprogramms, das den siegreichen Kampf für die minimalen ökonomischen und politischen Forderungen der Arbeiterklasse garantieren soll. Die organisierten Arbeitermassen Rumäniens wußten und wissen sehr gut, daß die Amsterdamer Internationale keine Kampforganisation ist und auch keine Garantien für einen

Kampf um die wirtschaftlichen Interessen der Massen bieten kann. Deshalb war ein allgemeiner Protest die Folge, nicht nur gegen den beabsichtigten Anschluß an Amsterdam, sondern sogar dagegen, daß die Frage des Anschlusses an Amsterdam als besonderer Tagesordnungspunkt auf dem Kongreß der unitären Gewerkschaften behandelt wurde. Die Mitglieder dieser Gewerkschaften waren sich dessen bewußt, daß die Kongreßmasse den Anschluß einstimmig ablehnen werde, aber sie waren — und mit Recht — gegen eine solche Fragestellung. Denn für die unitären Gewerkschaften kann die Frage des Anschlusses an Amsterdam überhaupt nicht gestellt werden, da man sich über den „Wert“ dieser Internationale seit langem im klaren ist. Für die unitären Gewerkschaften steht die Frage des Anschlusses nur als Ergebnis der nationalen Einheit und nur durch einen gemeinsamen Kongreß der Unitären mit den Reformisten, d. h. nur auf dem Wege der Bestimmung durch die Massen selbst.

Dank dieser entschiedenen und klaren Stellungnahme der Arbeitermassen wurde das Manöver der Amsterdamer kompromittiert, und da erinnerten sich die Sozialdemokraten des alten Freundes: der Polizei. Eine Woche vor dem Kongreßtermin wurde der Generalsekretär der Unitären Gewerkschaften, Marian, verhaftet, wodurch die Vorbereitungsarbeit geschwächt und die übrigen Gewerkschaftler eingeschüchtert werden sollten. Aber auch diesmal erlitt der Polizeireformismus Schiffbruch. Eine neue Protestwelle, ein noch stärkeres Festhalten an den revolutionären Prinzipien der Gewerkschaftsbewegung war die Folge. Darauf griff die Regierung ernster ein und erklärte: erstens wird der Kongreß der Unitären Gewerkschaften nur dann erlaubt werden, wenn die Leiter die Garantie geben, daß der Anschluß an Amsterdam verwirklicht wird, zweitens wird der gemeinsame Kongreß der beiden Gewerkschaftsverbände nicht zugelassen, denn dort werden die Kommunisten, d. h. die revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften, revolutionäre Propaganda treiben, und es besteht die Gefahr, daß sie die ganzen Massen gewinnen.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Amsterdam und Polizei besteht also noch. Sie ist nicht spezifisch rumänisch, aber sie wird in Rumänien mit mehr Zynismus als irgendwo anders verwirklicht. Diese Arbeitsgemeinschaft wird jetzt das Stattfinden des Kongresses verhindern, und die unitäre Gewerkschaftsbewegung bleibt wie bisher der Gefahr ausgesetzt, durch den tagtäglichen Terror vollständig vernichtet zu werden. Dies ist auch der Wunsch der äußersten Rechten der rumänischen Amsterdamer, die auf dem Standpunkte standen und stehen: „Keine Verhandlungen und keine Einheit mit den Unitären, denn diese werden bald verschwinden.“ Die Reformisten rechnen mit den Schlägen der Polizei, die gestern die Gewerkschaften in Bessarabien ganz einfach auseinandergetrieben hat, die heute die Arbeiterheime in Siebenbürgen geschlossen hat, die die Leser der Gewerkschaftszeitung „Das Arbeiterleben“ verhaftet und die morgen mit allen revolutionären Gewerkschaftern dasselbe zu tun gedenkt. In Rumänien ergänzen Amsterdam und Polizei einander. Die Arbeiterschaft Rumäniens hat es jedoch schon gelernt, nicht nur jedem dieser Auswüchse besonders zu begegnen, sondern auch allen ihren Feinden zusammen. Die Arbeiterschaft Rumäniens ist unter dem Einfluß der KPRu und der KI unbesieglar.